

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

197 · März 2007

Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

aus dem Inhalt

VorSatz	195
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
ARMIN BERNHARD	
Bildung als Ware – Die Biopiraterie in der Bildung	
Europa heute	
WILHELM ERSIL	
Die EU am 50. Jahrestag der Römischen Verträge	229
Geschichte & Utopie	
GOTTFRIED OY	
Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift <i>links</i>	252

VorSatz

Am Beginn des 21. Jahrhunderts hat diese Welt die Chance auf Frieden. Was ihr fehlt ist: Frieden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts zogen am Horizont die dunklen Wolken des Ersten Weltkrieges herauf. Auch das 19. Jahrhundert hatte mit Kriegen begonnen, erst die Interventionskriege, denen die Napoleonischen Kriege folgten. Geschichte scheint sich zu wiederholen, allerdings nicht als Farce – oder doch? Das wird sich erst noch zeigen müssen.

Dieser Tage fand in München wieder die »Sicherheitskonferenz« statt. Die Veranstaltung hieß in früheren Jahren »Wehrkundetagung«. Der damalige Name war nur anders verlogen als der jetzige. Damals wurde die Veranstaltung als Teil des Kalten Krieges und als ein Ort der Planung seiner Weiterführung zugleich inszeniert. Und heute dient die Konferenz keinesfalls der Sicherheit, sondern eher der Beibehaltung und Ausweitung der Unsicherheit. Hier versammelten sich Vertreter der herrschenden Eliten aus 40 Ländern, überwiegend des »Westens«. Wie in den vorigen Jahren auch war der Krieg im Irak ein dominierendes Thema. Es wurde aber noch übertriften durch die Forderung nach einem noch stärkeren Engagement der NATO in Afghanistan, damit sich dort nicht wiederhole, was jetzt im Irak stattfindet (!). Das ist das indirekte Eingeständnis, dass die USA und ihre verbliebenen Koalitionäre im Irak im Grunde erfolglos geblieben sind; nach wie vor findet täglich eine neue Art Partisanenkrieg statt. Als Konsequenz wird nicht etwa die Beendigung des Krieges gegen den Irak in Aussicht gestellt, es wird eine Verstärkung des westlichen »Engagements« gefordert.

In Afghanistan will die NATO im Jahre 2009 »Stabilität herstellen«, ohne zu sagen, wie dies aussehen soll. Aber die Mitgliedsländer sollen verstärkt Truppen und Material in Afghanistan einsetzen. Die Bundesrepublik Deutschland ist schon dabei. Die Bundesregierung hat bereits den Einsatz von Tornados und eine Verstärkung der eingesetzten Truppen um zirka 500 Soldatinnen und Soldaten beschlossen, ein entsprechendes Gesetz wird Anfang März von der Mehrheit im Bundestag durchgewinkt werden. Es ist die Rede davon, dass es sich dabei »nur« um Aufklärung handelt. Aber Luftaufklärung über Kampfgebieten ist schließlich nichts anderes als Beihilfe zum Mord! Insgesamt wird die Bundesrepublik dann fast in Stärke einer Division in Afghanistan dabei sein.

Das regelmäßige in Anwendung gebrachte abwiegelnde Vokabular verdeckt nur notdürftig die damit verpacktem Lügen. So ist eine Abgrenzung zwischen »Stabilisierungstruppen« (wie der ISAF) und den

»Truppen der Terrorbekämpfung« nur in der Theorie möglich. Die Forderung der NATO nach verstärktem Einsatz im Süden Afghanistans bestätigt das indirekt. Die Öffentlichkeit erfährt schon heute nicht die Wahrheit über die Aktivitäten deutscher Einheiten. Was tut die Elitetruppe KSK, die im Rahmen von »Enduring Freedom« eingesetzt ist? Bei welchen Aktionen starben die 66 Soldaten, die bisher schon in Afghanistan ums Leben kamen?

Auf der »Sicherheitskonferenz« wurde wiederum deutlicher, dass die USA einen Angriff auf den Iran planen und beginnen wollen. Die Bundesrepublik ist mit ihrem Marinekontingent vor der Küste des Libanon jetzt schon vor Ort. Ausgerechnet die Bundeskanzlerin Angela Merkel war es, die auf der Konferenz die verbalen Attacken und das faktische Ultimatum gegen den Iran vortrug.

Wladimir Putin, der als erster Präsident Russlands an der Konferenz teilnahm, versalzte dem anwesenden US-orientierten Mainstream die Suppe ein wenig. Nun sind die gegenwärtig herrschenden russischen Eliten, deren Frontmann und Symbolfigur Wladimir Putin ist, nicht gerade als Friedensengel berüchtigt. Sie führen nicht nur einen blutigen Krieg in Tschetschenien, sie scheuen sich nicht, russisches Öl und Gas als Waffen in Wirtschaftskriegen einzusetzen, sie haben ursprünglich auch den »Krieg gegen den Terrorismus« unterstützt. Aber wo Putin Recht hat, hat er Recht. Seine Kritik an den USA ist völlig zutreffend. Die USA setzen übermäßig auf den Einsatz militärischer Mittel. Entscheidungen über militärisches Eingreifen liegen nach internationalem Recht nicht bei den USA und der EU, es muss beim Machtmonopol der UNO bleiben. Putin zeigte sich beunruhigt von der Stagnation der Abrüstung, er sprach sich gegen die Militarisierung des Weltraumes und die geplante Stationierung von Teilen der entsprechenden Systeme in der Nähe der russischen Grenzen aus. Übrigens: Ein sicher bedeutender Propagandist in der DDR hat einmal die Losung verbrochen: »Wettbewerb mit Wladimir, und Du bist der Beste hier!« »Nu wot!« – wie mir seinerzeit meine Russisch-Lehrerin beigebracht hat.

Eine Mehrheit der Deutschen, wie auch die Mehrheiten in den meisten Ländern dieser Welt, sind gegen diese neuen Kriege der USA und der NATO. Noch größer ist die Mehrheit, die sich gegen die Beteiligung von deutschen Truppen wendet. Gegen einen Einsatz der Tornados als Aufklärungsflugzeuge über Afghanistan sprechen sich gegenwärtig mehr als drei Viertel der deutschen Bevölkerung aus. Und am 1. und 2. März werden sich die EU-Verteidigungsminister in Wiesbaden treffen, um über weltweite Kriegseinsätze und die weitere Aufrüstung in der Europäischen Union zu beraten. Auch das macht deutlich: Das bloße Dagegensein genügt nicht mehr. Das wird von den herrschenden Eliten schlicht ignoriert. Es ist an der Zeit, etwas zu unternehmen, Aktionen sind gefragt.

Am 3. März findet ein bundesweiter Aktionstag gegen die Ausweitung des Krieges statt. Ich hoffe, wir sehen uns dort.

DIETMAR WITTICH

PS: Am 13. Februar 2007 ist Arndt Hopfmann auf eigenen Wunsch aus der Redaktion ausgeschieden. Wir danken ihm für seine langjährige Mitarbeit.

ARMIN BERNHARD

Bildung als Ware – Die Biopiraterie in der Bildung und ihr gesellschaftlicher Preis

Armin Bernhard – Jg. 1957;
Prof. Dr., Dipl.-Päd.,
Professor für Allgemeine
Pädagogik am FB Bildungswissenschaften der
Universität Duisburg-Essen;
Arbeitsschwerpunkte:
Allgemeine Pädagogik,
kritische Erziehungs- und
Bildungstheorie, historische
Reformpädagogik, Fach-
didaktik Pädagogik; zuletzt
in UTOPIE kreativ: Antonio
Gramscis Verständnis von
Bildung und Erziehung,
Heft 183 (Januar 2006).

Der Text folgt einem Vortrag
auf der Tagung des Freien
Zusammenschlusses der
StudentInnenschaft »Was
für eine Schule wollen wir?«,
gehalten an der Universität
Frankfurt am Main am
18. November 2006. Den
Studentinnen und Studen-
ten, die sich mit viel Enga-
gement an Organisation und
Durchführung dieser Tagung
beteiligt haben, widme ich
diesen Beitrag.

1 Es ist nicht übertrieben,
von der »geistigen Selbst-
kolonialisierung« der Hoch-
schulen zu sprechen (Liess-
mann 2007, S. 28), die sich
ohne größere Widerstände
in die neoliberale Gesamt-
strategie einbinden lassen
und damit Forschung und
Lehre von den Opportunitä-
ten des Marktes abhängig
machen.

Um emanzipatorische Vorschläge in der bildungspolitischen Diskus-
sion unterbreiten zu können, muss zunächst geklärt werden, was mit
Bildung in unserer Gesellschaft geschieht, und vor allem muss der
Frage nachgegangen werden, warum Bildung nur als ein Torso existi-
ert, als ein Schatten dessen, was Bildung einmal hätte sein sollen:
ein Instrumentarium des Menschen, das ihn zur Mündigkeit führt,
das ihn zu selbstbestimmtem Handeln und zur eigenständigen Mit-
gestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse durch Verwirk-
lichung seines Vernunftvermögens befähigt.

Wir leben in einer neoliberalen Gesellschaft, und das heißt: alle
gesellschaftlichen Bereiche sollen den so genannten freien, besser
gesagt: den ungezügeltten Kräften des Marktes in einem enthemmten
Kapitalismus ausgesetzt werden. Tragende Säulen des Neoliberalis-
mus sind die Liberalisierung des Handels und der Finanzgeschäfte,
die Privatisierung öffentlicher Bereiche, die Deregulierung und der
systematische Abbau sozialer Leistungen (Haug 1999; Chomsky
2004). Die Semantik des Wortes Privatisierung sollte dabei stets ge-
genwärtig sein. Das lateinische Wort »privare« heißt berauben: Et-
was, das privatisiert wird, wird demzufolge der öffentlichen Kon-
trolle beraubt, es soll nicht mehr der gesellschaftlichen Regulierung
und Kontrolle unterstellt sein. Was wir in den letzten zwei Jahrzehn-
ten erleben, folgt dieser Logik: Alle gesellschaftlichen Sektoren wer-
den zunehmend den Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Marktes
ausgeliefert. Nicht mehr die Gesellschaft kontrolliert den Markt,
vielmehr bestimmt der Markt die »Geschicke« der Gesellschaft.

Dass Bildung von diesem Sog nicht ausgenommen bleibt, dürfte
selbstverständlich sein. In der bestehenden Gesellschaft wächst der
gesellschaftliche Druck auf eine Bildung, die in effizienterem Maße
und in immer schnelleren Zyklen die gewünschten Subjekteigen-
schaften hervorbringen soll. Kein Sektor, der für die Herstellung des
benötigten gesellschaftlichen Arbeitsvermögens potenziell in Frage
kommt, bleibt von diesem Sog unberührt. Die Indizien dieses Drucks
sind erdrückend: so genannte Elite- und Hochbegabtenförderung
(»Exzellenzinitiative«), Vorschläge zur Einführung von »Bildungs-
standards« im Kindergarten, die Verkürzung von Schulzeiten, frühere
Einschulung, Überspringen von Klassen, Modularisierung und Ba-
chelorisierung von Ausbildungsgängen,¹ nicht zuletzt die Versuche
der Privatisierung der Bildung durch Schaffung eines Bildungs-
marktes für Bildungskonzerne (GATS) sprechen eine deutliche
Sprache. Alle diese Tendenzen dokumentieren den Versuch einer

umfassenden Einbindung von Bildung in die ökonomische Logik neoliberaler Politik. Die in allen gesellschaftlichen Sektoren betriebene, als *Kommodifizierung* charakterisierte Strategie, die »Transformation der natürlichen und menschlichen Substanz der Gesellschaft in Waren« (Polanyi 1978, S. 70),² ergreift notwendigerweise auch die Bildung: Ihrer Auslieferung an die Logik des Marktes korrespondiert der paradigmatische Wechsel von einem zumindest in Restbeständen noch an Mündigkeit orientierten Bildungsverständnis hin zu einer vulgärökonomischen Auffassung menschlicher Bildung als purer Qualifikation.

Der Mensch als Rohstoff und die Bildung

Der reformsocialistische Pädagoge Otto Rühle skizziert in kritischer Absicht die sich bereits Anfangs des 20. Jahrhunderts herausformende bildungsökonomische Sicht auf die kindliche Entwicklung. In einer Neuauflage seines Buches »Das proletarische Kind« von 1922 weist der Pädagoge darauf hin, dass die »kapitalistische Wirtschaft« in der Schule »geistige Qualität in bares Geld verwandelt sehen will« (Rühle 1922, S. 263).

Mit dieser Formulierung nimmt Rühle den Versuch der totalen Inbesitznahme der Bildung durch die Ökonomie vorweg, wie wir ihn heute deutlich erkennen können. Die geistigen Potenzen des Menschen sollen über die Arbeit in den Bildungseinrichtungen in wirtschaftlichen Reichtum überführt werden. Schon im Geiste des neoliberalen Paradigmas formulierte Altbundeskanzler Helmut Kohl in den 1980er Jahren: »Intelligente Kinder sind der wahre Rohstoff in einem rohstoffarmen Land.« In einem Land, in dem Mangel an natürlichen Rohstoffen herrscht, muss dieser durch Konzentration auf die Heranbildung der zerebral-geistigen Fähigkeiten des Menschen kompensiert werden. Die rot-grüne Bundesregierung stand dieser Aussage aus dem Kontext der schwarz-gelben Koalitionsregierung in nichts nach, wenn sie die Metapher des Rohstoffs zur Kennzeichnung menschlicher Fähigkeiten übernahm: »Die Kreativität und die Kompetenzen der Menschen« seien »der wichtigste Rohstoff Deutschlands« (Bundesregierung 2000, S. 34), denn die »Innovationen von morgen fangen in den Köpfen der jungen Menschen von heute an« (Schröder 2000, S. 49).

Eine neue Qualität erhält die affirmative Bildungsökonomie ab den 1990er Jahren durch die Versuche, auch die informellen Lern- und Bildungsprozesse in ökonomische und bildungsökonomische Betrachtungen einzubeziehen und damit den Zugriff auf die Humanressourcen über den gesamten Lebenslauf zu sichern. Eine mit Blick auf diese Ausweitung bildungsökonomischen Denkens interessante Aussage stammt aus dem Einleitungsreferat des Berliner Soziologen Wolf Lepenies zu einem Kongress der Unternehmensberatung McKinsey&Company, einer neoliberalen Denkfabrik, die seit 2000 sogenannte »Bildungsinitiativen« veranstaltet, um eine »innovative« Bildungs- und Gesellschaftspolitik durchzusetzen: »Wir müssen Bildung nicht länger nur als eine Sozialleistung, sondern auch als eine wirtschaftliche Investition ansehen. Es wird Zeit, Folgerungen aus der Tatsache zu ziehen, dass zwei Drittel des Humankapitals nicht an der Schule und an der Universität, sondern durch

2 Der ungarische Wirtschaftshistoriker Polanyi sieht in seiner 1944 zum ersten Mal veröffentlichten Studie »Die große Transformation« die Problematik der so genannten freien Marktwirtschaft in dem Umstand begründet, dass in diesem kapitalistischen Wirtschaftsmodell nicht wie in »integrierten« Gesellschaften die Ökonomie der Gesellschaft und ihrer Lebensweise untergeordnet ist, sondern eine Umkehrung dieses Verhältnisses stattfindet: Die Gesellschaft wird zunehmend zur Funktion der Wirtschaft. In diesem Vorgang werden die »Faktoren« Arbeit, Boden und Geld in Waren zu transformieren versucht (Polanyi 1978, S. 111), ein Vorgang, der wider die menschliche Natur läuft.

die Eltern und im Erwachsenenlernen gebildet werden. Wir müssen dieser Form der Wertschöpfung einen angemessenen Platz in unserer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zuweisen. Unsere Ausnutzung des Humankapitals ist suboptimal« (Lepenies 2003, S. 24).

Das heißt, dass auch die außerhalb der Bildungsinstitutionen ablaufenden, informellen Entwicklungs-, Lern- und Bildungsprozesse wirtschaftlicher verfügbar gemacht werden sollen. Auch die von der OECD in Auftrag gegebene PISA-Studie geht über diese Grundauffassung, Bildung habe Humankapital zu schaffen, nicht hinaus.

Die PISA-Studie ist nicht bezogen auf formale Schulabschlüsse und ihre Verteilung, sondern untersucht, in welcher Weise bestimmte Basiskompetenzen durch das Bildungswesen erzeugt werden, sie geht insofern über bisherigen Studien hinaus, als sie zumindest dem Anspruch nach mehr Dimensionen und Faktoren in ihren Forschungshorizont einbezieht als bloß auf formale Qualifikationen bezogene Untersuchungen. Doch bleibt auch sie auf das Ziel der Herstellung von Humankapital begrenzt: »Beurteilungen der Qualifikationsbasis des Humankapitalstocks tendierten bestenfalls dazu, aus ›Stellvertreterindikatoren‹ wie ›Schulabschluss‹ gewonnen zu werden. Sobald das Interesse an Humankapital ausgeweitet wird auf Eigenschaften, die es den Menschen erlauben, ›lebenslang Lernende‹ zu werden, wird die Unangemessenheit deutlich (...) OECD/PISA überprüft das Ausmaß der Fähigkeiten junger Menschen, sich dem Erwachsenenleben zu stellen« (OECD, zit. nach: Klausenitzer 2002, S. 48).³

3 Bezeichnenderweise wird die PISA-Studie nicht federführend von den öffentlichen Bildungsverwaltungen, sondern von privaten Bildungsanbietern, dem Australian Council for Educational Research (ACER) und dem US-amerikanischen Educational Testing Service (ETS), organisiert (siehe: Heine-mann 2006).

Das neoliberal-bildungsökonomische Arsenal von Wörtern, die mit Bildung in Zusammenhang gebracht werden, ist unmissverständlich: Bildung als Bearbeitung des Rohstoffes Mensch, Bildung als Wertschöpfung, Bildung als wirtschaftliche Investition, Bildung als Humankapital. Bildung wird in der gegenwärtigen Gesellschaftspolitik von der ursprünglichen komplexen Bedeutung ihres Begriffs abgekoppelt und funktionalistisch auf die Erfordernisse des gesellschaftlichen Arbeitslebens abgestellt. Dass Bildung in einem Zusammenhang mit einer vernünftigen Subjektentwicklung steht, gilt fast schon als antiquierte Vorstellung. In den hegemonialen Diskursen gilt es fast schon als banale Selbstverständlichkeit, dass Bildung nur noch der Qualifikation des Menschen für eine Gesellschaft dient, in der der Markt die entscheidenden Direktiven bestimmt. Die Arbeit in den Bildungseinrichtungen ist auf die Schaffung und die optimale Ausschöpfung so genannter Humanressourcen angelegt (siehe: Bernhard 2003).⁴

4 In den 1960er Jahren war diesbezüglich in Folge des Sputnik-Schocks von 1957 von der Ausschöpfung der Begabungsreserven die Rede. Analog hierzu spricht der Berliner Erziehungswissenschaftler Dieter Lenzen von der Notwendigkeit der »Mobilisierung aller Bildungsreserven« (zit. nach Spiewak 2003).

Damit wird Bildung zur Qualifikation degradiert, die Bildungseinrichtungen werden in reine Ausbildungsinstitutionen umdefiniert, in denen Arbeitskraftvermögen hergestellt wird. Bildung wird zur Ware. Ziel dieser Strategien ist es, den dominanten Gesellschaftsgruppen den Zugriff auf die Humanressourcen langfristig zu sichern.

Die Liberalisierung von Bildung im Sinne einer »Dienstleistung« wird von einem Netzwerk von Organisationen, Forschungszentren und privaten Instituten vorangetrieben. Die 1995 gegründete WTO etwa, die zuständig ist für die allgemeinen Regeln des Welthandels, allerdings unter der Dominanz von nordamerikanischen, europäischen und japanischen Unternehmen (Ziegler 2003, S. 141), forciert

die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen, zu denen auch die Bildung gezählt wird. Das für Bildung relevante Abkommen ist die so genannte GATS-Vereinbarung, das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services; zu den Hintergründen: Fritz/Scherrer 2002, S. 55 ff.).

Worauf zielt GATS? Bislang noch ist zumindest die allgemeine Bildung zu einem großen Teil im Rahmen eines öffentlichen Bildungswesens organisiert, für dessen Verwaltung und Durchführung Staat und Gesellschaft zuständig sind. Bis heute ist vor allem das allgemeinbildende Schulwesen durch Vorbehalte der EU vor dem Zugriff privater Konzerne geschützt. Wenn dieser Vorbehalt fällt, wird es einen »freien« Marktzugang zu sämtlichen Bildungssektoren einer Gesellschaft geben. Alle Bildungsbereiche von der Grundschule bis zur Erwachsenenbildung könnten dann der öffentlichen Kontrolle entrissen und privaten Bildungskonzernen überantwortet werden. Die Folge wäre eine noch stärkere Degradierung von Bildung zu einer Ware, die sich dann nur noch diejenigen leisten können, die die Herstellung dieser Ware bezahlen können. Die ohnehin schon skandalös ungleiche Verteilung von Bildung würde einen weiteren Schub an Ungerechtigkeit erfahren, durch die das System gesellschaftlicher Ungleichheit insgesamt verschärft würde.

Gleichzeitig kann davon ausgegangen werden, dass Bildung noch stärker als bisher auf den Aspekt der Ausbildung, dass Bildung also auf bloße berufliche Qualifikation reduziert würde. Die Folgen für eine demokratische Entwicklung der Gesellschaft wären unabsehbar: Denn eine allgemeine Bildung ist die Grundlage für individuelle wie kollektive Mündigkeit und diese wiederum ein Grundbaustein von Demokratie, ohne den sie auf tönernen Füßen steht. Diesbezüglich gesamtgesellschaftliche Verantwortung von privaten Bildungskonzernen erwarten zu wollen, obgleich die mündige Regelung und Bewältigung gesellschaftlicher Probleme auch für den globalen Kapitalismus objektiv erforderlich ist, käme einer naiven Illusion gleich. Wer diese auf erschreckend niedrigem Niveau existierende allgemeine Bildung nicht zu erhalten imstande oder willens ist, gefährdet die Basis einer demokratischen Zivilgesellschaft insgesamt.

Auch die OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) ist in diesen Kontext zu stellen. Noam Chomsky, der berühmte US-amerikanische Sprachtheoretiker, nennt die OECD bezeichnenderweise den »Klub der Reichen« (Chomsky 2004, S. 39). Die Ziele dieses Klubs der Reichen liegen in der Erarbeitung von Prinzipien einer optimalen Wirtschaftsentwicklung, der Förderung von Wirtschaftswachstum, der Steigerung des Welthandels. Mit ihren vergleichenden Bildungsstudien fördert die OECD die Untersuchung derjenigen subjektbezogenen Voraussetzungen und Kompetenzen, die als Humankapital diese ökonomischen Ziele fördern können.

In der BRD selbst sind die 1977 gegründete Bertelsmann-Stiftung und die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) zu nennen, die sich mit bildungs- und hochschulpolitischen Fragen beschäftigen mit dem Ziel, eine Gesellschaftspolitik anzustoßen, die auf den Prinzipien unternehmerischen Handelns beruht. Die Schaffung einer sogenannten »Bildungselite« ist ein zentrales Anliegen der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Eine weitere Organisation ist das Deutsche Büro der bereits genannten Unternehmensberatung McKinsey, die aus unternehmerischer Perspektive Vorschläge für die Verbesserung des deutschen Bildungswesens entwickelt – in Kooperation mit bekannten Persönlichkeiten aus Kultur, Journalismus, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Das so genannte *Manifest zur Bildung*, das der Leiter dieser Organisation, Jürgen Kluge, präsentiert hat, trägt alle Merkmale einer neoliberalen Funktionalisierung von Bildung:

(1) Die Ausschöpfung der Begabungsreserven soll durch eine möglichst frühe Investition in kindliche Bildung optimiert werden, da das kindliche Entwicklungspotenzial nicht hinreichend ausgeschöpft wird.⁵

(2) Flächendeckende Messungen von Schülerleistungen sollen ebenso zur Qualitätssicherung beitragen wie regelmäßige Schulinspektionen. Bildung wird demgemäß als messbare Größe angesehen, die empirisch überprüft werden kann.

(3) Es sollen mehr Freiräume für die einzelnen Bildungseinrichtungen geschaffen werden. Die »Überregulierung« von Bildungsinstitutionen muss abgeschafft und durch mehr »Autonomie« und Wettbewerb ersetzt werden.

(4) Bildung muss als wirtschaftliche Investition begriffen werden (Kluge 2003, S. 324 ff.), sie darf offensichtlich nicht mehr primär als ein Mittel der Persönlichkeitsentwicklung und des Erwerbs von Mündigkeit angesehen werden: eine paradigmatische Abkehr von jeder Form einer humanistischen Bildung.

Die neoliberale Sicht auf den Menschen und die Biopiraterie

Wie sieht das Menschenbild aus, das in den gegenwärtigen bildungspolitischen Diskussionen um die Verwertbarkeit von Wissen und die Kompetenzen zum Ausdruck kommt?

Der Philosoph Günther Anders hat in einem anderen Zusammenhang den Begriff des *homo materia*, des »Stoffmenschen«, entwickelt (1987, S. 21 ff.), der das Menschenbild neoliberaler Bildungspolitik recht gut verdeutlicht. *Homo materia* meint eine Einstellung, die den Menschen als eine »wertvolle Rohstoffquelle« auffasst. Rohstoffquelle ist der Mensch im Hinblick auf seine Organe, auf seine biophysische Ausstattung, Rohstoffquelle ist er aber auch im Hinblick auf das Potenzial, das durch Bildung in verwertbare Kompetenzen transformiert werden kann. In unserem Fall bezieht sich der *homo materia*, der stofflich ausbeutbare Mensch, auf die Vorstellung, man könne den Rohstoff Mensch so formen, dass er für die wirtschaftlichen Prozesse optimal vernutzt werden kann.

Diese Einstellung kommt in der Verwendung von Begriffen unmissverständlich zum Ausdruck: »geistiger Rohstoff«, »Humanressource«, »Humankapital«, »Bildungsinvestition«. Die Bezeichnung »Humanressourcen« ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich: Sie fasst nichts anderes als eine »natürliche« Reichtumsquelle, die durch Bildung so bearbeitet werden soll, dass wirtschaftlich kreative, innovative und flexible Menschen durch sie produziert werden.

Das »Schicksal« von Rohstoffen ist bekannt: Sie werden geplündert, bearbeitet und in eine gesellschaftlich profitable Form gebracht. Das Kind als Rohling ist diejenige Quelle, aus der nach seiner schu-

5 Der gegenwärtige Boom der »Frühpädagogik«, auch große Teile der Resilienzforschung, in der es darum geht, das psychosoziale Belastungspotenzial von Kindern zu erhöhen, anstatt menschenwürdige Sozialisationsbedingungen für Kinder zu schaffen (siehe hierzu kritisch: Borst 2006), sind in diesem Zusammenhang um die Ausbeutung menschlicher Humanressourcen zu sehen. So begreift die Robert-Bosch-Stiftung, die sich auf diesem Gebiet engagiert, den Kindergarten nunmehr als »erste Etappe einer lebenslangen Bildungsbiografie« (Lütke-Entrup 2006, S. 5). Ideologiekritisch gesehen, geht es in dieser Formulierung nicht darum, endlich zu erkennen, dass auch im frühen Kindesalter bereits Bildungsprozesse stattfinden, sondern diese Entwicklungsphase für den bildungsökonomischen Zugriff zu öffnen.

lischen Umarbeitung in Humankapital die verwertbaren Innovationen entspringen sollen. *Der Mensch ist ein Rohstofflager: Dies ist die Kernaussage des neoliberalen Menschenbildes.* Die menschliche Natur läßt sich beliebig für gesellschaftliche Erfordernisse nutzen. Die Menschen sollen mit denjenigen Wissensbeständen und Kompetenzen ausgestattet werden, die sie zum Humankapital werden lässt.

Es handelt sich um eine *Biopiraterie* der besonderen Form. Biopiraterie bedeutet ja, dass Konzerne sich bestimmte genetische oder biologische Ressourcen patentieren (etwa Pharmakonzerne bestimmte Heilpflanzen aus den Ländern der »Dritten Welt«), also das alleinige Recht zu deren Nutzung und Verwertung zusprechen lassen, während diejenigen lokalen Menschengruppen, die diese Reichtümer der Natur züchteten und pflegten, leer ausgehen (siehe hierzu: Ribeiro 2005).

Biopiraterie ist also ein gigantischer Diebstahl natürlicher Ressourcen. Im Kontext von Bildung richtet sich Biopiraterie auf den Menschen selbst, seine Entwicklungskräfte, sein Subjektvermögen, seine Fähigkeiten, seine Kompetenzen, die zum Gegenstand des Kampfes um Marktvorteile und Hegemonie werden. Die Sicherung eines umfassenden Zugriffs auf die menschliche Entwicklung, auf ihre institutionelle wie auf ihre informelle Seite, steht im Zentrum neoliberaler Biopiraterie im Bildungswesen. Es geht in diesen Auseinandersetzungen in erster Linie um den Kampf um die Bearbeitung und Nutzung der zerebral-geistigen Ressourcen des Menschen. In der Kommodifizierung von Bildung von einem öffentlichen Gut zu einer Ware wird der Mensch der Möglichkeit der Entfaltung seiner vielseitigen »Wesenskräfte« (Marx) beraubt. Biopiraterie in diesem Kontext korrespondiert mit dem Versuch der kulturellen Enteignung des Menschen, der Enteignung seiner menschlichen Möglichkeiten – ein Versuch allerdings, der nicht zwangsläufig gelingen muss.

Diesem Menschenbild entspricht ein neues Persönlichkeitsideal, eine neue Auffassung, wie der Mensch der Zukunft aussehen soll. Der neoliberale Mensch, das ist die mobile, flexible, wandlungsfähige Persönlichkeit, eine Persönlichkeit, die kreativ ist, Ideen produziert, inspiriert, ihr gesamtes Persönlichkeitsrepertoire in den Dienst des Unternehmens, der Firma, des Betriebs stellt, eine Persönlichkeit, die sich »autonom« bewegt, allerdings nur in den Grenzen, die ihr vom System gesetzt sind. In der Wunschvorstellung ist der neoliberale Mensch eine modularisierte Persönlichkeit, ein zusammenhangloser Komplex in sich funktionsfähiger Teilchen, die in den verschiedensten Segmenten gesellschaftlicher Praxis reibungslos eingesetzt werden können (siehe hierzu: Bernhard 2003).

Die Verwarenformung von Bildung und ihr gesamtgesellschaftlicher Preis

Der gesellschaftliche, volkswirtschaftliche und individuelle Preis der Verwarenformung von Bildung ist bislang nicht kalkuliert worden – kein Wunder, ist doch der Blick getrübt von den Segnungen eines völlig liberalisierten Marktes, in dem die gigantischen Schattenseiten des Neoliberalismus ignoriert werden müssen. Welche Auswirkungen aber kann die rücksichtslose Ökonomisierung von

Bildung haben? Auf den Menschen, auf die Gesellschaft, auf die Bildung selbst?

Wenn an dieser Stelle von Kosten oder Preis gesprochen wird, ist dies nicht in einem ökonomisch verengten Verständnis. Gemeint sind damit in erster Linie die sozialen Folgeprobleme, die infolge einer Ökonomisierung der Bildung zu erwarten sind. Das heißt: In die Abschätzung der Folgekosten neoliberaler Strategien in der Bearbeitung von Humanressourcen müssen diejenigen Auswirkungen eingehen, die eine humane Gesellschaftsentwicklung belasten, aber in den neoliberalen Ideologien überhaupt keine Rolle spielen. Dass die möglichen Kosten hier nicht in Zahlen ausgewiesen werden können, liegt auf der Hand, aber es lassen sich doch einige Schlussfolgerungen für die Subjektentwicklung des Menschen ziehen.

Sieben Punkte scheinen mir zentral:

Erstens: Die Verwarenformung von Bildung verschärft die ohnehin schon bestehende soziale Ungleichheit, indem sie genau denjenigen Bildung verweigert, die ihrer so dringend bedürfen. Die so genannten »bildungsfernen« Sozialgruppen, im verharmlosenden Neudeutsch nicht Unterschicht, sondern Prekariat genannt, werden in dem Maße von der höheren Bildung segregiert, wie freie Schulpflicht, Konkurrenz zwischen Schulen, Rückgriff auf Sponsoring installiert werden. Die Muster schichtenspezifischer Sozialisation in der bundesrepublikanischen Gesellschaft sind seit Jahrzehnten durch unzählige Untersuchungen belegt. Unterschiedliche klassen- und schichtenspezifische Muster der Sozialisation in den Feldern der Sprache, der Intelligenzentwicklung, der Motivation, der Lerninstellungen, der Erziehungsstile usw. programmieren die Bildungsgesellschaft und damit die Lebenschancen vor. Sie können nur durch massive gesellschaftspolitische Eingriffe und pädagogische Maßnahmen dergestalt verändert werden, dass sie gerechtere Ausgangsbedingungen für alle Kinder herstellen (Stichworte Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit). Wer aber Bildung dem »freien Markt« ausliefert, befestigt diese Muster auf Dauer, weil keine pädagogische Gegenwirkung mehr erfolgen kann. Die, die unten sind, werden unten gehalten, die die oben sind, bleiben dort. Die Eliteförderung wird diesen Effekt noch verstärken. Die Folge ist jetzt schon eine Spaltung der Gesellschaft, die Desintegration nach sich ziehen wird. Aber auch die systematische Ausgrenzung von Menschengruppen kostet Geld.

Zweitens: Die Verwarenformung der Bildung schränkt die Vielfalt der kindlichen Subjektvermögen gravierend ein. All diejenigen Momente, die sich von der Position der Erwachsenen als zweckfreie Tätigkeiten im Leben von Kindern ausmachen lassen, werden von selbsternannten Bildungsreformerinnen und -reformern als nutzlos eingestuft. In einer ontogenetischen Zeitspanne – so die Argumentation –, in der eine ungeheure Offenheit der menschlichen Subjektvermögen gegeben ist, lässt man diese unbearbeitet und verschwendet in der Folge wertvolles Humankapital. Gerade deshalb, weil die Ausnutzung von Humankapital in den verschiedenen Kindheitsphasen in der Bundesrepublik »suboptimal« (Lepenies) ist, sollen in Zukunft auch die *informellen Lernprozesse* von Kindern stärker in die Humankapitalbildung einbezogen werden. Was, so müssen wir uns

fragen, bedeutet die schnelle Wissensproduktion für das Bewusstsein, für das In-der-Welt-Sein, für die Lebenseinstellung der Heranwachsenden? Was geschieht mit ihnen, wenn wir ihnen diese zweckfreien Tätigkeiten verwehren? Welcher gesellschaftliche und individuelle Verlust ist zu erwarten, wenn Phantasie, Imagination, Tagträume, Spiel, experimentierende Erfahrung von Kindern in der Bildung immer weiter ausgedünnt werden? Welche Entzivilisierungstendenzen werden in der Sozialisation durch die Blockierung der in diesen Formen zum Ausdruck kommenden Subjektvermögen der menschlichen Wesenskräfte freigesetzt?

Drittens: Die Verwarenformung von Bildung unterbindet die zeitliche Logik kindlicher Bildungsprozesse: Arbeitgeber und etablierte Politik versuchen, den kindlichen Bildungsprozess nach wirtschaftlichen Regeln und zeitökonomischen Aspekten zu gestalten. Die immensen zeitlichen Aufwendungen für Bildung – so lautet die Argumentation – unterlaufen die internationale Konkurrenzfähigkeit des Standortes Deutschland. Empfohlen werden daher eine drastische Verkürzung der Bildungszeit und der Abbau so genannter »Kunstpauzen« in der Bildung. In dieser »Wirtschaftsphilosophie« wird Bildung mit einer möglichst raschen Vermittlung von Wissen, Informationen und Kompetenzen verwechselt. Alle Prozesse, in denen sich Kinder auf produktive, auf kreative Weise und oftmals auf Umwegen mit Problemen und deren Lösungen beschäftigen, gelten als pure Zeitverschwendung. Dabei bleibt die Logik kindlicher Bildungsprozesse völlig auf der Strecke (Neumann 1999, S. 237): eine Logik, die sich eben nicht nach der Logik ökonomischer Effizienz entfaltet, sondern von der Eigensinnigkeit von Kindern her bestimmt wird. Wer diese Logik kindlicher Bildungsprozesse außer Kraft setzt, gefährdet die Grundlage für eine sich entfaltende Persönlichkeit und macht Bildung selbst zu einem gewaltförmigen Vorgang, in dem menschliche Individualität auf der Strecke bleibt. Max Horkheimer hat in seinen Ausführungen zum Begriff der Bildung diesen Sachverhalt treffend formuliert: »Der Prozess der Bildung ist in den der Verarbeitung umgeschlagen (also in die bloß oberflächliche Aneignung von Wissen und Kompetenzen – A. B.). Die Verarbeitung (...) lässt dem Gegenstand keine Zeit, die Zeit wird reduziert. Zeit aber steht für Liebe; der Sache, der ich Zeit schenke, schenke ich Liebe; die Gewalt ist rasch« (Horkheimer 1981, S. 166). In Umkehrung der bildungsökonomischen Grundthese des Neoliberalismus können wir formulieren, dass die Gesellschaft gerade in ihrem Bemühen, Bildung zu beschleunigen und »effizient« zu gestalten, systematisch denjenigen Reichtum verschwendet, der über eine Bildung erst zu Tage gefördert werden könnte, ein Reichtum an menschlichen Wesenskräften allerdings, der von einem ökonomischen Reichtumsbegriff nicht abgedeckt wird.

Viertens: Die Verwarenformung von Bildung verschärft die Konkurrenz- und Wettbewerbsprinzipien schon im frühen Kindes- und Grundschulalter. Sie leitet Kinder zu Einstellungen und Haltungen an, die entzivilisierende Elemente für das gesellschaftliche Zusammenleben produzieren. Konkurrenz, Wettbewerb, Rivalität, Kampf ums Dasein sind schon heute Gewalt produzierende Verhaltensweisen in Kindergärten und Schulen. Vorschläge des Berliner

Literatur

- Anders, Günter: Die Antiquiertheit des Menschen 2. Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1987 (4. Auflage).
- Bernhard, Armin: Bildung als Bearbeitung von Humanressourcen. Die menschlichen Wesenskräfte in einer sich globalisierenden Gesellschaft, in: UTOPIE kreativ, Heft 156 (Oktober 2003).
- Borst, Eva: Bildung im Prozess des lebenslangen Lernens, in: Griese, B. (Hrsg.): Theoretische und empirische Perspektiven auf Lern- und Bildungsprozesse, Mainz 2006, S. 8-24.
- Bundesregierung: Deutschland erneuern Geschäftsbericht der Bundesregierung, Berlin 2000.
- Chomsky, Noam: Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung, Hamburg 2004 (9. Auflage).
- Fritz, Thomas; Scherrer, Christoph: GATS – Zu wessen Diensten?,

Hamburg 2002.

Haug, Wolfgang Fritz: Politisch richtig oder richtig politisch. Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus, Hamburg 1999.

Heinemann, Karl-Heinz: Profit im Vordergrund?, in: Erziehung und Wissenschaft, 9/2006, S. 27.

Horkheimer, Max: Begriff der Bildung, in: Ders.: Sozialphilosophische Studien. Aufsätze, Reden und Vorträge 1930-1972, Frankfurt/M. 1981 (2. Auflage), S. 163-172.

Klausenitzer, Jürgen: Investitionen in das »Humankapital«. PISA und die Bildungspolitik der OECD, in: Forum Wissenschaft, Jg. 19, 2002, H. 3, S. 47-49.

Kluge, Jürgen: Manifest zur Bildung, in: Killius, Nelson; Kluge, Jürgen; Reisch, Linda (Hrsg.): Die Bildung der Zukunft, Frankfurt/M. 2003, S. 321-335.

Lenzen, Dieter: Veränderung als Pflicht, in: Erziehung und Wissenschaft, 3/2001, S. 2.

Lepenius, Wolf: Bildungspathos und Erziehungswirksamkeit, in: Killius, Nelson; Kluge, Jürgen; Reisch, Linda, a. a. O., S. 13-31.

Liessmann, Konrad Paul: Geistige Selbstkolonialisierung. Die Universitäten in der Wissensgesellschaft, in: Forschung & Lehre, Jg. 14, 2007, H. 1, S. 28-29.

Lütke-Entrup, Monika: Warum engagiert sich die Robert Bosch Stiftung für die Reform der frühkindlichen Bildung in Deutschland?, in: Forum Frühpädagogik für Ausbildung, Hochschule und Beruf, 1/2006, S. 5.

Erziehungswissenschaftlers und Präsidenten der Freien Universität Berlin, Dieter Lenzen, Mitglied des Fördervereins der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, sind vor dem Hintergrund dieser Tendenzen zweifelsohne irritierend, fordert er doch für die Grundschule ein Ende der »Kuschelpädagogik« und eine systematische Unterwerfung der Grundschulkinder unter harte Qualifikationsbedingungen, unter »Arbeit«, »ökonomischen Druck« und »soziale Erwartungen« (Lenzen 2001, S. 2), wobei er mit sozialen Erwartungen offensichtlich nicht das Erlernen der sozialen Regeln menschlicher Kooperation meint. Es geht ihm vielmehr darum, Menschen hervorzubringen, die »nicht eine der vielen Opfernischen bewohnen (...) wollen, die unsere Gesellschaft bietet« (ebd.). Wenn Schule den ohnehin schon übermächtigen Druck zur Selektion noch verschärft, bringt sie massenhaft jenes egozentrische Denken hervor, das die »Bindekräfte der Menschen« zerstört und in der Folge den sozialen Zusammenhalt einer zivilen Gesellschaft gefährdet (Negt 2004).

Fünftens: Die Verwarenformung von Bildung zerstört den Charakter einer allgemeinen Bildung, denn sie eliminiert all diejenigen Momente, die für einen gelingenden Bildungsprozess die unhintergehbaren Bedingungen sind: Muße, Zeit, Hingabe, Gelassenheit und Liebe, grundlegende Elemente, die den Menschen zur Bildung erst befähigen. Humanistische Perspektiven in der Bildung werden kurzfristigen Qualifikationserfordernissen geopfert. Statt umfassender Menschenbildung im Sinne Humboldts ist gegenwärtig »allseitige Verfügbarkeit« des Menschen (Negt 2004) angesagt. Schule hätte aber zunächst die Aufgabe, den Heranwachsenden ein Höchstmaß an sozialer und intellektueller Grundausstattung zur Verfügung zu stellen, also ein Fundament, das sie dazu befähigt, selbstbestimmt handeln und aktiv die eigenen Lebensverhältnisse gestalten zu können. Wenngleich die neuhumanistische Bildungstheorie in ihren reformerischen Aspekten nicht auf die Bildungssituation von heute übertragen werden kann, so ist ihr Grundgedanke doch gegen die zentrifugalen gesellschaftspolitischen Konzepte des Neoliberalismus aufzubieten: Durch eine qualitativ auf hohem Niveau angesetzte Bildung für die Kinder aller Gesellschaftsschichten sollen die allgemeinen Fähigkeiten der Heranwachsenden freigesetzt werden. Denn erst eine allgemeine Bildung stellt den Kindern diejenigen Fähigkeiten zur Verfügung, die eine selbstverantwortliche Lebensgestaltung ermöglichen. Wer dieses Ziel der Ermöglichung einer allgemeinen Bildung für alle, die keineswegs nur als angehäuftes Wissen misszuverstehen ist, aus den gesellschaftspolitischen Perspektiven verdrängt, Humboldt für tot erklärt, verabschiedet sich nicht nur vom Gedanken der Mündigkeit, sondern stellt auch die Grundlagen zivilen Zusammenlebens in Frage.

Sechstens: Die Verwarenformung von Bildung führt den demokratischen Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule ad absurdum: Während einerseits die Ökonomisierung und zeitliche Beschleunigung von Bildung betrieben werden, soll Schule andererseits immer mehr Aufgaben übernehmen, die ihren klassischen Bildungsauftrag übersteigen: Sie soll die Defizite der familialen Erziehung kompensieren, sie soll den veränderten Bedingungen des Aufwachsens von Kindern Rechnung tragen, sie soll interkulturelles Lernen ermögli-

chen und zum Abbau von Gewaltpotenzialen beitragen. Schule soll den Bedürfnissen der Kinder gerecht werden und alternative Unterrichtsmethoden erproben. Mit anderen Worten: Die *pädagogischen* Anforderungen an Schule steigen durch die Umwälzungen in der kindlichen Lebenswelt; während zugleich ihre Aufgaben immer stärker auf Humankapitalbildung beschränkt werden. Dabei wäre die Berücksichtigung dieser Veränderungen in der schulischen Arbeit die Grundlage dafür, dass sich die psychischen und psychosozialen Probleme von Kindern nicht potenzieren, sondern dass sie bearbeitet werden können, dass Bildung überhaupt als humanisierende Kraft wirken kann. Dazu ist Schule entgegen dem Engagement vieler Lehrerinnen und Lehrer aus strukturellen Gründen nicht in der Lage, der Ökonomisierungsdruck setzt ihre pädagogischen Aufgaben zunehmend außer Kraft.

Siebtens: Die Verwarenformung von Bildung ist aber auch volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Denn es wird lediglich danach gefragt, wie möglichst rasch rentables Arbeitsvermögen, also: Humankapital, hergestellt werden kann. Diese blinde Produktivitätsgläubigkeit ignoriert die ökonomischen Kosten, die in Zukunft auf die Gesellschaft zurückfallen werden: Kosten, verursacht durch die Ausgrenzung von Kindern aus so genannten bildungsfernen Schichten, Kosten für erforderliche außerschulische Lern- und Hausaufgabenhilfen (Sozialhilfe-, Jugendhilfeträger), Kosten, die durch die Phänomene des »Schulversagens« bzw. des Schulabbruchs anfallen, Kosten, die durch Vandalismus und Gewalt an Schulen erzeugt werden, Kosten, die infolge fehlender Bildungsabschlüsse und durch Aufwendungen spezieller berufsbildender Maßnahmen (»Bildungswarteschleifen«) hervorgerufen werden usw. usf.

Entscheidend sind jedoch die nicht in Zahlen zu beziffernden gesellschaftlichen Kosten, die durch eine gefährdete Identitätsfindung und Subjektwerdung von Kindern durch eine Degradierung von Bildung zu Ware verursacht werden. Der eigentliche Skandal liegt in dem Versuch, den Menschen um seine menschlichen Möglichkeiten zu betrügen, ihn in das Korsett einer verkäuflichen Ware zu pressen.

Resümierend können wir sagen, dass diejenigen Kosten nicht in die neoliberalen Vorstellungen eingehen, die als Folgewirkungen gründlich missglückter Bildung auf die Gesellschaft zurückschlagen. Versuche der Ökonomisierung von Bildung blockieren Alternativen, die zur Bewältigung globaler Problemlagen, zur Verarbeitung neuer Sozialisationsbedingungen und zur emanzipativen Selbstfindung von Kindern und Jugendlichen dringend benötigt werden. Den Preis dafür werden nicht die *global player* bezahlen, sondern diejenigen, denen die Rechte auf eigenständige Lebensgestaltung verweigert werden.

Negt, Oskar: Private Lösungen sind nur Kostenverschiebungen, in: Erziehung und Wissenschaft 5/2004.

Neumann, Karl: Zur Restitution und Rekonstruktion des Bildungsbegriffs, in: Neue Sammlung, Jg. 39, 1999, H. 2, S. 227-241.

Polanyi, Karl: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/Main 1978.

Ribeiro, Silvia: Biopiraterie – die Privatisierung von gemeinschaftlichen Gütern; BUKO – Bundeskoordination Internationalismus, Biopiraterie-Kampagne <http://www.biopiraterie.de/texte/basics/silviaprivatisierung.php?print> (Stand: 20. 4. 2005)

Rühle, Otto: Das proletarische Kind, München 1922.

Schröder, Gerhard: In der Bildung liegt die Zukunft: Auf dem Wege in eine lernende Gesellschaft, in: Zukunftswerkstatt Schule 10 (2000) 2, S. 47-54.

Spiewak, Martin: Mit vier Jahren in die Schule, in: Die Zeit, 2003, Nr. 46.

Ziegler, Jean: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München 2003, (9). Auflage.

WILHELM ERSIL

Die EU am 50. Jahrestag der Römischen Verträge

Vor 50 Jahren – am 25. März 1957 – wurden in Rom von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden die [Römischen Verträge] unterzeichnet: der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Damit war der Grundstein für die spätere Europäische Union (EU) gelegt.

Am 50. Jahrestag dieser Verträge befindet sich die EU in einer tiefen Krise. Und dies, obwohl sie sich für die Völker der beteiligten Staaten lange als vorteilhaft erwiesen hat. Sie trug zur Friedenssicherung und durch den gemeinsamen Binnenmarkt zur Wohlstandsmehrung bei. Aus der EWG der 6 ist eine EU der 27 geworden – ein historisch einmaliges Gebilde, weder Staatenbund noch Bundesstaat, sondern Staatenvereinigung mit supranationalen Institutionen und einer Reihe gemeinsamer Politiken. Sie hat 490 Millionen Einwohner und verfügt über den weltweit größten Binnenmarkt. 13 Mitgliedstaaten mit 315 Millionen Einwohnern haben eine gemeinsame Währung, die eine der bedeutendsten im internationalen Währungssystem ist. Aber: Der bisherige Weg der EU wurde vornehmlich von Wirtschaftsinteressen und einem neoliberalen Kurs bestimmt. Das transnationale Kapital verfügt über eine gewaltige ökonomische und finanzielle Macht und übt in der Union mittels seiner Lobbys den entscheidenden Einfluss aus. Zugleich nehmen Auseinandersetzungen um die Perspektive der Union zu.

Wilhelm Ersil – Jg. 1928, Prof. Dr. habil., Potsdam; Fachgebiet: Europäische Integration, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland; zuletzt in UTOPIE kreativ: Kern-europa: Drohungen und Tendenzen, Heft 162 (April 2004).

Mehr als »nur« eine Verfassungskrise

Die Ergebnisse der Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Jahre 2005 zum Europäischen Verfassungsvertrag (EVV) waren ein geschichtlicher Einschnitt und führten die tiefgehende Krise der EU unübersehbar vor Augen. Die Einschätzungen über den Charakter dieser Krise freilich divergieren.

Viele der heute hervortretenden Konflikte gären bereits seit langem. Allerdings hatte dieses Gären oft eine die Integration vorantreibende Wirkung. Schon die Gründung der EWG 1957 war in wesentlichen Teilen ein Überbrücken von Widersprüchen. Schon 1961/62 brachte Frankreich mit den Fouchet-Plänen die Idee einer konföderalen Union ins Spiel, scheiterte damit aber noch. Erst 1992 gab es mit dem Maastrichter Vertrag eine Rückkehr zum Projekt einer Politischen Union; eine engere Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wurde vereinbart. Französischer Widerstand gegen den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen im Ge-

meinsamen Markt hatte 1966 zum Luxemburger Kompromiss geführt, nach dem ein Mitgliedstaat in einer national wichtigen Frage nicht überstimmt werden dürfe. Das galt bis zur Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) von 1987, die den Übergang zum einheitlichen Binnenmarkt vorsah und die Mitgliedstaaten zu einem rigorosen neoliberalen Kurs verpflichtete. 1971 hatten sich die EWG-Länder mit dem Werner-Plan für eine Währungsunion ausgesprochen. Aber erst mit dem Maastrichter Vertrag wurde die Konstituierung einer Währungsunion vertraglich vereinbart. Mit der »Osterweiterung« kam die Perspektive einer gesamteuropäischen Politischen Union wieder ins Blickfeld.

Die jetzige Krise der EU ist aber eine qualitativ andere als die vormalige. Sie ist viel komplexer, und sie geht tiefer. Sie berührt sowohl den sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen, bürgerrechtlichen und institutionellen Bereich als auch das Handeln der EU in den Außenbeziehungen und ihre globale Rolle. Für die Europäische Linkspartei sind um sich greifende Prekarisierung, soziale Unsicherheit und verstärkte Ungleichheit der Kern dieser Krise, die zugleich eine umfassende Vertrauenskrise ist.¹ Die Bürgerinnen und Bürger sehen ihre Erwartungen enttäuscht, denn sie mussten zur Kenntnis nehmen, dass die EU als Instrument zum Abbau sozialer Errungenschaften dient. Bürgerrechte werden begrenzt. Der Einfluss rechtspopulistischer Kräfte nimmt zu. Ausländerfeindlichkeit und offener Rassismus grassieren. In mehreren Ländern gibt es Parteien, die an den demokratischen Fundamenten rütteln. Innerhalb der EU erlangen zudem die Auseinandersetzungen um Einfluss und Machtverteilung neue Dimensionen. Die Staatenbeziehungen werden komplizierter. Unterschiedliche Interessen werden intensiver vertreten. Verschiedenartige Koalitionen zeichnen sich ab. Insbesondere in den Beitrittsländern nimmt die Sorge um Verlust an Souveränität zu. Tendenzen einer Renationalisierung von Integration zeichnen ab. Die Wechselbeziehungen zwischen Vertiefung der EU einerseits und ihrer erneuten Erweiterung andererseits sind umstritten und entzünden sich insbesondere an der Frage des Beitritts der Türkei. Auch das internationale Agieren der EU ist ein Konfliktfeld, nur scheinbar sind die Gegensätze zwischen »altem« und »neuem« Europa aus der Zeit des Beginns des Irak-Krieges 2003 überbrückt. Die Militarisierung der EU findet nicht geringe Unterstützung, ruft aber andererseits auch mannigfache Besorgnisse weit über die Friedensbewegungen hinaus hervor.

Insgesamt verstärkten sich in den letzten Jahren Kritik und Ablehnung der negativen Aspekte der Integration. Der Widerstand gegen den neoliberal dominierten Kurs wurde breiter. Das französische und niederländische »Nein« zum Verfassungsvertrag führte zu einer qualitativ neuen Situation. Die Verfassungskrise verdeutlicht, wie weit die Union von politischer Identität entfernt ist, wie tiefgreifend die Divergenzen zwischen weitreichenden Visionen einerseits und der Wirklichkeit andererseits sind. Der Integrationsprozess stockt. Die Potenzen des bisherigen Weges erschöpfen sich.

»Die Europäische Union ist in zentralen Bereichen das Gegenteil der positiven Visionen geworden, die die Menschen in den 1950er Jahren bewegten: Statt zu einer gesamteuropäischen Friedensunion

1 Vgl. Appell der Führungsgremien der Europäischen Linkspartei, www.sozialisten.de, Nachrichten, 13. 1. 2006 (Stand 23. 1. 2007)

befindet sich die EU auf dem Wege zu einem aggressiven globalen Machtblock, der zur Sicherung von Ressourcen und Handelswegen mit militärischer Gewalt weltweit rüstet«, heißt es in einer Erklärung des Wissenschaftlichen Beirats von Attac zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft.²

Die heutigen Herausforderungen können für die EU und ihre Währungsunion existenzielle Bedeutung annehmen. Selbst maßgebliche politische und wirtschaftliche Eliten befürworten angesichts dieser Situation eine öffentliche Debatte über die Zukunft der Union, um ein neues Engagement für das »europäische Projekt« zu erreichen. Das freilich hat für manchen unter diesen Entscheidungsträgern nur Alibifunktion. Insgesamt suchen die maßgeblichen wirtschaftlichen und politischen Eliten die Gesamtentwicklung der EU noch weiter als bisher in eine antisoziale, repressive und militärische Richtung zu drängen.

Linke Positionen

Die Linke hat eine besondere Verantwortung, die Union aus der Sackgasse zu führen. Eine Vielzahl von Fragen muss beantwortet werden. Konsens gibt es in der Einschätzung, dass die EU vom großen Kapital und neoliberaler Politik dominiert wird. Verschieden aber sind die Ansichten über die verteidigungswerten Aspekte der Integration. Das betrifft solidarische Gesichtspunkte, den vieljährigen zivilen Charakter der EU sowie den Charakter der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten. Linke Kritik zielt nicht auf den Zerfall der EU in ein nationalstaatliches Europa, sondern auf eine qualitativ andere Integration.

Die Union ist Rahmen demokratischer und sozialer Auseinandersetzungen. Eine Perspektive gesellschaftlicher Veränderungen muss die Existenz und Wirkungsweise der EU in Rechnung stellen. Grundlegende sozialpolitische Ziele können nicht mehr nur nationalstaatlich erreicht werden. Linke Kräfte engagieren sich daher für eine »neue EU« als einen demokratischen, sozialen, ökologisch agierenden, bürgerrechtlichen, zivilen und weltoffenen Staatenverbund. Zentrale Aufmerksamkeit gilt hierbei der Verteidigung und dem Ausbau des europäischen Gesellschafts- und Sozialmodells sowie den mit dem konstitutionellen Prozess verbundenen demokratischen Fragen. Der Bürgerbeteiligung wird erstrangige Bedeutung beigemessen. Entscheidende Bausteine einer neuen EU müssen die Abkehr vom marktradikalen Fundamentalismus nach innen und von der Absicht sein, im Bündnis mit den USA weltweit eigene Interessen notfalls auch militärisch durchzusetzen.

Über eine EU-Verfassung gibt es in den Reihen der Linken unterschiedliche Ansichten. Sie reichen vom generellen »Nein« über den Standpunkt, die Union funktioniere auch ohne Verfassung und der mit dem Nizza-Vertrag bestehende Status quo reiche aus, bis hin zu der Auffassung, das »Nein« zum jetzigen Verfassungsvertrag könne unter bestimmten Bedingungen zur Zustimmung führen. Dominierend ist allerdings die Position, die Union benötige für einen Neugründungsprozess einen gemeinsamen Rahmen.

Dazu wird ein demokratischer konstitutioneller Prozess befürwortet, wobei mit Recht unterstrichen wird: Ein Verfassungsvertrag darf

2 www.attac.de/eu-ag/neu/readarticle.php?article_id=48
(Stand 23. 1. 2007).

gesellschaftliche und demokratische Veränderungen nicht ausschließen. Er muss wirtschaftspolitisch neutral und gegenüber einer gemischt-wirtschaftlichen Ordnung mit einem bedeutenden öffentlichen Sektor sowie künftigen politischen Entwicklungen offen sein.

Alternative Projekte zum gescheiterten Verfassungsvertrag sind für demokratische Verfassungsbewegungen unverzichtbar. Dazu zählen die von der Sozialforumsbewegung vorgelegte »Charta der Grundsätze für ein anderes Europa«.³ Wichtige Aspekte enthalten die Erklärung des Wissenschaftlichen Beirats von Attac zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft vom Dezember 2006⁴ sowie der Entschließungsantrag der Bundestagsfraktion »Die Linke zur deutschen Ratspräsidentschaft«.⁵

Ein bedeutender Schritt nach vorn ist das von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine vorgelegte Memorandum für einen Verfassungsvertrag, in dem es heißt: »Wir legen Ecksteine für einen demokratischen, freiheitlichen, sozialen und Frieden sichernden Verfassungsvertrag als Diskussionsentwurf vor. (...) Die Linke will die Europäische Union als einen politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Verbund von staatlich organisierten Völkern. Der Verbund folgt demokratischen Prinzipien. Er ist gerichtet auf Frieden und Wohlergehen der Völker, der europäischen wie aller anderen. Zu den verfassungsrechtlich verankerten Werten und Zielen der EU gehört untrennbar die Sozialstaatlichkeit und die Schaffung einer Sozialunion, in der hohe Standards gelten. Die EU wird nach den Grundsätzen der Subsidiarität tätig. Die Mitgliedstaaten behalten einen Grundbestand souveräner Rechte.«⁶ Mit dieser Initiative werden in der Bundesrepublik alternative Vorstellungen zur Verfasstheit der EU sowohl generell als auch hinsichtlich der zentralen Integrationsrichtungen stärker publik. Damit in Zusammenhang sollten die demokratisch-sozialistischen wie antifaschistischen Traditionen und Werte mehr in das Blickfeld gerückt werden. Wenn immer wieder betont wird, Europa müsse sich seiner gemeinsamen Werte bewusst werden, dann betrifft das auch die sozialistischen.

Zukunftsdebatte

Antworten auf die Frage, welche Zukunft die EU haben wird und welche Ziele mit der EU und durch sie erreicht werden sollen, sind vielfältig. Die einen befürworten nach wie vor Entwicklungen zu einer föderalen Staatenunion. Der belgische Premier Guy Verhofstadt möchte die gegenwärtige Krise der EU nutzen, um ein noch größeres Projekt als eine EU-Verfassung in Angriff zu nehmen, das »Europa« einen gewaltigen Schritt nach vorn bringen soll. Er plädierte in der Bertelsmann-Stiftung für »Vereinigte Staaten von Europa« mit einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik, einem gemeinsamen Sicherheits- und Rechtsraum und einer gemeinsamen europäischen Armee.⁷ Andere befürworten zwischenstaatlich bestimmte Konstruktionen für eine Politische Union. Das wäre eine Konföderation von EU-Staaten, in der auch föderale/supranationale Strukturen und Elemente wirksam sind. Wieder andere halten nur eine lose politische Vereinigung für möglich oder akzeptabel, sähen am liebsten eine Perspektive der EU als eine bloße Freihandelszone und können sich mit einem »politischen Europa« wenig anfreunden.

3 Vgl. DIE LINKE.PDS. international, Nr. 2/2006, S. 84-94.

4 Vgl. Anm. 2.

5 Deutscher Bundestag, Drucksache 16/3796.

6 Memorandum für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Europäische Union. Fraktion DIE LINKE im Bundestag. www.linksfraktion.de/nachricht.php?artikel=1469907099 (Stand 23. 1. 2007).

7 www.cap-lmu.de/aktuell/events/2006/ibf.php (Stand 23. 1. 2007).

Auch in den Reihen der Linken divergieren die Standpunkte. Äußerungen zu politischen Projekten sind zurückhaltend. Gewiss sollte die Linke weder in die Falle föderaler Konstruktionen noch eines Staatenverbundes als vornehmlich zwischenstaatlicher Kooperation tappen. Mehr Eindeutigkeit hinsichtlich einer politischen Union wäre geboten.

Eine Politische Union liegt in der Logik der Integration. Sie kann aber nicht nach bundesstaatlichen Blaupausen konstruiert werden. Die EU ist ein Gebilde, das sich auf Nationalstaaten gründet. Die Mitgliedstaaten spielen trotz Abgabe wichtiger Souveränitätsrechte weiterhin die zentrale Rolle. Die Völker wenden sich mehrheitlich gegen deren Verwandlung in Gliedstaaten einer föderalen Union. Die Menschen sind noch immer vor allem mit Nationalstaaten und nicht mit »Europa« verbunden. Die Nationalstaaten bleiben tragende Pfeiler der unionsweiten Ordnung. Die Bürgerinnen und Bürger machen vor allem ihre Regierungen für ihr Schicksal verantwortlich.

Trotzdem darf wiederum auch kein rein zwischenstaatlicher Ansatz verfolgt werden. Perspektive der EU dürfte eine Mischform aus zwischenstaatlicher Zusammenarbeit und supranationalem Souveränitätsverzicht sein. Aber Zuständigkeiten in der EU müssen übersichtlicher als im Verfassungsvertrag abgegrenzt werden – und zwar so, dass progressive Handlungsmöglichkeiten nicht in Frage gestellt werden und maximale Bedingungen für direktdemokratische Teilnahme geschaffen werden.

Die Verfasstheit der Union berührt grundlegende Fragen der Machtverteilung zwischen den Mitgliedstaaten. Gleichberechtigte Beziehungen zwischen Staaten und Völkern sind für eine demokratische Entwicklung der EU unabdingbar und müssen gegen bedrohliche Dominanzpolitik verteidigt werden. Hegemonialansprüche der großen Mitgliedstaaten, sei es in Gestalt einer deutsch-französischen Achse oder etwaiger Direktorien, stoßen auf Widerstand. Kleinere und mittlere Mitgliedstaaten müssen im System der Union gleiche Mitentscheidungsrechte haben und gleichberechtigt an den Institutionen und der Tätigkeit der EU teilnehmen können.

Das institutionelle System der EU darf keine Machtpolitik begünstigen. Das aber verbirgt sich hinter dem Streit um den demographischen Faktor bei qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im EU-Ministerrat. Eine solche stärkere Berücksichtigung der Bevölkerungsgrößen entspricht vor allem deutschem Interesse. Einstimmigkeitsregeln bleiben weiterhin notwendig, um einzelstaatliche Interessen zu verteidigen. Nationales Vetorecht in der Sicherheitspolitik ist unverzichtbar. Entscheidungsverfahren müssen gewährleisten, dass nicht eine Gruppe von Mitgliedstaaten als Hegemon in der EU handeln kann.

Eine Verfassungsdebatte wird sich mit neuen Vorschlägen zur Machtverteilung befassen müssen, um die Integration auf gleichberechtigter, demokratischer und solidarischer Grundlage zu befördern. Im Bundestagsantrag der Fraktion DIE LINKE. heißt es hierzu: »Die qualifizierte Mehrheit, bestehend aus der Mehrheit der Bevölkerung der EU und der Mehrheit der Mitgliedstaaten, muss neu definiert werden. Sie soll den demographischen Faktor zwar beachten, aber nicht überbetonen und ausgewogene Regelungen zum Schutz von Minderheiten enthalten.«⁸

8 Deutscher Bundestag, Drucksache 16/3402. Siehe dazu auch Andres Wehr: Das Publikum verlässt den Saal. Nach dem Verfassungsvertrag: Die EU in der Krise, Köln 2006.

Es sind zudem neue Regelungen dringlich, die die Autonomie von Regionen und Kommunen fördern, ohne zugleich zu einem »Europa der Regionen« zu führen, das in den Mitgliedstaaten Partikularismus oder gar Separatismus fördern könnte.

Schlüsselfrage Sozialunion

Die Perspektive der EU ist untrennbar mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Orientierung verknüpft. Seit den 80er Jahren wird der Weg wirtschaftsliberaler Marktintegration verfolgt. Mit der Lissabon-Strategie, nach der die EU mittels eines rigorosen neoliberalen Kurses bis 2010 zum weltweit wachstumsstärksten Wirtschaftsraum werden soll, verfolgten Rat und Kommission noch intensiver eine Politik mit dem vorrangigen Ziel, durch Deregulierung und marktradikale Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. Neuer Druck wird nunmehr zur weiteren Liberalisierung der Energie- und Postmärkte und zugunsten eines einheitlichen Finanzmarktes ausgeübt. Der rücksichtslose Standortwettbewerb wird vorangetrieben. Der Wissenschaftliche Beirat von Attac gelangte zu dem Schluss: »Die wirtschaftliche Entwicklung der EU zeigt jedoch, dass Marktradikalität nicht zu ökonomischer Stärke und sozialer Sicherheit, sondern zu Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, sozialer Polarisierung und ökologischer Zerstörung führt. Die Zunahme von Armut und massenhafter Prekarisierung in den meisten Ländern der EU in den letzten Jahren ist eine äußerst alarmierende und völlig unakzeptable Entwicklung. Umgekehrt zeigt sich aber auch, dass die skandinavischen Länder, die sich dem allgemeinen Trend zur Deregulierung und Liberalisierung weitgehend entzogen haben, in jeder Hinsicht positivere Ergebnisse erzielen. Statt hieraus die Konsequenzen zu ziehen und den neoliberalen Kurs zu verlassen, will die EU ihn durch weitere Deregulierungen und Marktöffnungen fortsetzen und vertiefen.«⁹

9 Vgl. Anm. 2.

Die Akzeptanzkrise des Neoliberalismus widerspiegelt sich im französischen und niederländischen »Nein« zum Verfassungsvertrag. Das demonstrierten die vielfältigen Aktionen gegen die Dienstleistungsrichtlinie. Die Krise der EU veranlasst unterschiedlichste Kräfte zu mehr Engagement für die soziale Dimension der EU. Nicht nur linke Kritiker weisen warnend darauf hin, die EU müsse scheitern, wenn sie nur als eine gigantische Freihandelszone funktioniere, in der alle öffentlichen Güter privatisiert und den Konzernen einverleibt werden. Die Linke macht deutlich, dass die EU den politischen und sozialen Menschenrechten gleichermaßen verpflichtet sein muss. Eine Verfassung muss unionsweit das Recht auf menschenwürdige und Existenz sichernde Arbeit, das Recht auf soziale Sicherheit, auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung gewährleisten.

Die maßgeblichen Kräfte der EU-Eliten halten indes an der neoliberalen Fixierung von Wirtschafts-, Währungs- und Beschäftigungspolitik fest. Die neoliberale Grundorientierung des Verfassungsvertrages soll beibehalten werden – möglicherweise ergänzt durch diese oder jene Garnierung, wozu Erwägungen der Bundesregierung über eine Sozialcharta gehören.

Zentrale, nicht einhellig geteilte Standpunkte der Linken sind in diesem Zusammenhang:

Erstens: Das in einem langen Zeitraum erkämpfte »europäische Sozialmodell« muss gegen die übermächtigen Interessen der Wirtschaft behauptet werden. Wirtschaftspolitik muss nachhaltige Entwicklung und Vollbeschäftigung fördern. Aus der Sicht der internationalen Euro-Memorandum-Gruppe sind hierzu eine entwicklungsfreundliche Koordinierung der Konjunktur-, Wachstums- und Strukturpolitik in einem makroökonomischen Rahmen sowie der gezielte Einsatz eines deutlich höheren EU-Haushalts nötig. Abwehr der einseitigen Wirtschaftsorientierung der EU und Übergänge zu einer anderen Wirtschafts- und Sozialpolitik bleiben eine langfristige Aufgabe.¹⁰ Breiterer Widerstand gegen die von den Interessen des Kapitals und des Binnenmarktes dominierte Arbeitsmarktpolitik ist dringlich, um den Kurs auf Flexibilisierung der Arbeitsmärkte zu durchkreuzen. Es geht um menschenwürdige und Existenz sichernde Arbeitsplätze und eine Angleichung auskömmlicher sozialer Standards. Dem Wettlauf von Lohn- und Sozialdumping zwischen den Ländern und Regionen der EU muss Einhalt geboten werden. Es geht um Schutz und Weiterentwicklung von Arbeitnehmerrechten auf dem entstehenden EU-Arbeitsmarkt, darunter um Mitbestimmungsrechte in europäischen Unternehmen. Das ist schwierig, sind doch die gewerkschaftlichen Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedsländern sehr unterschiedlich. Unmittelbar geht es um die Einflussnahme auf die Revision der Richtlinie über Europäische Betriebsräte. Arbeitgeberverbände wenden sich energisch gegen neue Regelungen im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik, selbst gegen bescheidene Vorschläge, wie sie im Grünbuch der EU-Kommission »Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts« zu sozialer Sicherheit unterbreitet werden.¹¹ In diesem Grünbuch betont die Kommission zwar, größere Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt müsse mit größtmöglicher Sicherheit für alle verbunden werden, in der Tat aber werden flexiblere Arbeitsformen mit einem Minimum an sozialen Rechten für die Beschäftigten befürwortet.

Zweitens: Im Binnenmarkt muss ein fairer Standortwettbewerb stattfinden. Ein Steuerwettlauf nach unten darf bei aller steuerpolitischen Autonomie der Mitgliedstaaten nicht zugelassen werden. Dem sozialen Abwärtswettlauf, dem Lohn- und Steuerdumping muss durch Steuerharmonisierung, schrittweise Angleichung sozialer Rechte und Standards sowie ökologische Mindeststandards nach oben begegnet werden. Unmittelbare Aufgaben sind eine unionsweite soziale Grundsicherung und ein Mindesteinkommen für alle Bürgerinnen und Bürger einschließlich von Migrantinnen und Migranten nach bestimmten Richtwerten. Jeder hat Anspruch auf ein Grundeinkommen. Dazu müssten strenge Regeln für eine Grundsicherung verabschiedet werden.

Drittens: Die Wirtschaftslobby macht Druck, um die Verfügbarkeit öffentlicher Güter weiter abzusenken. Dazu wird die widersprüchliche Dienstleistungsrichtlinie genutzt.¹² Ständige Aufgabe bleibt: Das »öffentliche Interesse« muss gegen den Deregulierungskurs von Regierungen und Kommission verteidigt werden. Die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge müssen dem Profitstreben privater Konkurrenz entzogen und demokratisch organisiert werden. Der Schutz des Gemeinwohls und sozialstaatlicher Regelungen der »Daseinsfür-

10 Siehe hierzu ausführlich: EuroMemorandum-Gruppe: Eine demokratische wirtschaftspolitische Alternative zum neoliberalen Umbau Europas, Dezember 2006; www.eu.dgb.de/article/articleview/4107/1/323/ (Stand 23. 1. 2007).

11 ec.europa.eu/employment_social/labour_law/docs/2006/green_paper_de.pdf (Stand 23. 1. 2007).

12 Vgl. dazu: Die öffentliche Daseinsfürsorge – eine Angelegenheit des Marktes?, in: la gauche 3, Brüssel 2006.

sorge« (Bildung, Gesundheit, Müllabfuhr, öffentlicher Nahverkehr, Energie- und Wasserversorgung) bleibt ein entscheidendes Aktionsfeld. Die Verantwortung der Kommunen muss gewahrt bleiben. Die Verteidigung des Systems öffentlicher Banken und Sparkassen bleibt insbesondere in der Bundesrepublik eine ständige Aufgabe.

Viertens: Die Wettbewerbspolitik muss dem Marktradikalismus begegnen und die Macht der Konzerne stützen. Demokratische Kontrolle der Wirtschaft, Begrenzung der Macht der internationalen Finanzmärkte, von Banken und Finanzinstituten müssen in und mittels der Union erkämpft werden. Dazu gehört demokratische Fusionskontrolle. Wie wichtig das ist, zeigen die Konflikte um die Fusion der Stahlkonzerne Mittal und Arcelor, der Energieerzeuger Eon und Endesa sowie um die Übernahme polnischer Banken.

Fünftens: Die Zukunft der EU wird umfassendere finanzielle Solidarität erfordern, insbesondere mit Blick auf die neuen Mitglieder. Die Struktur- und Regionalpolitik muss wirksamer zu einer ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung beitragen und gewährleisten, dass weniger entwickelte Regionen auch künftig angemessene Unterstützung finden. Eine Renationalisierung dieser Politiken würde Ansätze einer sozialen Ausgleichspolitik torpedieren. Versuchen, durch Berufung auf das Subsidiaritätsprinzip partikularistische und antisolidarische Tendenzen zu legitimieren, muss begegnet werden. Das Eigenmittelsystem der Union sollte geändert und eine verlässliche Haushaltsautonomie der EU erreicht werden. Nur so kann die EU auch über die notwendigen Mittel verfügen, um in zukunftsweisende Projekte zu investieren.

Ein weites Feld bleibt die Währungsunion. Mit der einseitig monetaristischen Konstruktion muss gebrochen, der Stabilitätspakt, der den unterschiedlichen wirtschaftlichen, budgetären und sozialen Erfordernissen nicht gerecht wird, muss korrigiert werden. Die Europäische Zentralbank (EZB) muss demokratischer Kontrolle unterliegen. Die Geldpolitik darf sich nicht nur auf Preisstabilität und Fiskalpolitik, nicht nur auf Haushaltsausgleich in Euroland konzentrieren. Eine Wirtschaftsregierung könnte im Euroland bei entsprechenden Kräftekonstellationen zu einem Gegenpol zur EZB werden. Wichtige Aufgabe bleibt die Besteuerung der Finanzspekulation und spekulativer Steuergewinne, insbesondere die Einführung einer Tobinsteuer auf Devisenhandel. Das könnte zum Ansatz einer weltweiten Regelung der internationalen Finanzmärkte werden.

Gesellschaftliche und soziale Fortschritte sind engstens mit der Wirtschaftsordnung in der EU verknüpft. Ein Verfassungsvertrag darf sich nicht einseitig auf ein wirtschaftsliberales Politikkonzept festlegen. Auch der dritte Teil des Verfassungsentwurfes eröffnet keine politischen Spielräume und müsste daher gestrichen werden. Ein Verfassungsvertrag muss demokratische Entscheidungen über unterschiedliche Richtungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik ermöglichen – auch solche, die auf Zurückdrängung von Wirtschaftsmacht zielen. Für die Linksfraktion im Bundestag muss die nähere Bestimmung der Eigentumsordnung den Mitgliedstaaten überlassen bleiben. »Die Verfügung über das Eigentum und seine Nutzung muss auch sozialen Belangen, dem Umweltschutz und anderen Erfordernissen des Gemeinwohls entsprechen. (...) Keine Bestimmung

der Verfassung oder sonstigen Gemeinschaftsrechts darf so ausgelegt werden, als schließe sie eine begrenzte und entschädigungspflichtige Überführung einzelner Wirtschaftsbereiche in nationale Formen des Gemeineigentums aus oder als erzwingen sie die Privatisierung bestehenden Gemeineigentums, öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge.«¹³

Diese Thematik bedarf weitergehender Diskussionen und Folgerungen für eine etwaige Politische Union, die für demokratische gesellschaftliche Veränderungen in einzelnen oder in mehreren Mitgliedstaaten Gestaltungsräume öffnet.

Globale Rolle: zivil

Vieles spricht dafür, dass die Union ihre Rolle als internationaler Akteur mit globalem Einfluss trotz gravierender Interessenunterschiede festigen wird. Damit werden sehr unterschiedliche Ziele und Absichten verbunden. Maßgebliche Eliten träumen von einer militärischen Weltmachtrolle, fordern dazu den Ausbau militärischer Kapazitäten, drängen auf Interventionsstreitkräfte und entsprechen damit Wünschen des militärisch-rüstungswirtschaftlichen Komplexes.

Seit Maastricht militarisiert die EU im Geleitzug mit den USA die Außen- und Sicherheitspolitik. Die friedliche Kooperation in Westeuropa wird mit geostrategischen Überlegungen verknüpft. In Konkurrenz mit anderen Machtzentren setzt die EU nicht mehr nur auf wirtschaftlichen Wettbewerb, sondern in mittelfristiger Perspektive auch auf die militärische Sicherung von Interessensphären. Unser langfristiges Ziel sollte sein, so der SPD-Vorsitzende Kurt Beck im November 2006, im Rahmen einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion Einheiten mit integrierten Kräften unter einem einheitlichen Kommando zu schaffen. Dies sei notwendig, um Europa sicherheitspolitisch handlungsfähiger zu machen.¹⁴

Intensivere militärische Zusammenarbeit zielt in einer langfristigen Perspektive auf eine gemeinsame europäische Verteidigung. Dabei spielen der Zugang zu Energieressourcen und die Sicherung der Rohstoffversorgung eine zentrale Rolle. Vor diesem Hintergrund wächst die Bereitschaft, in »Friedensmissionen« militärisch zu intervenieren und die Gebiete militärischen Engagements auszuweiten. Die Fähigkeiten zu Militärinterventionen werden gestärkt. Die Verteidigungsagentur drängt auf ständige Verbesserung der militärischen Potenziale. »Zivil«-militärische Strukturen werden ausgebaut. Welche Gestalt der Verfassungsvertrag auch annehmen sollte – an der Aufrüstungspflicht der Mitgliedstaaten soll nach Auffassung der Machteliten unbedingt festgehalten werden.

Für friedensengagierte Kräfte zeichnet sich so eine besorgniserregende Entwicklung ab. Sie finden sich mit der Militarisierung der EU nicht ab. Politische Ziele müssen mit ausschließlich friedlichen und zivilen Mitteln verfolgt werden. Die Linke fordert eine Rückbesinnung auf die friedlichen Intentionen der Römischen Verträge. Die EU müsse ziviler Akteur für Frieden und Völkerverständigung bleiben. Dazu muss der zivile Charakter der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Union festgeschrieben werden. Unverzichtbar bleibt hierbei die Verteidigung nationaler Souveränität. Beschlüsse zu essenziellen Fragen müssen einstimmig

13 Memorandum für eine demokratische, freie, soziale und Frieden sichernde Europäische Union, a. a. O.

14 Vgl. Europa-Konferenz der SPE- (Sozialdemokratische Partei Europas) Fraktion; SPD-Pressemitteilung 593/06 v. 6. 11. 2006; siehe auch: www.spd.de/menu/1695612/ (Stand 23. 1. 2007)

gefasst werden, sollten aber künftig der Zustimmung des Europäischen Parlaments (EP) unterliegen.

Zentrale Aspekte alternativer Positionen sind: deutliche Abrüstung von konventionellen und Massenvernichtungswaffen; Maßnahmen in Richtung struktureller Nichtangriffsfähigkeit; Orientierung der Streitkräfte ausschließlich auf europäische Territorialverteidigung; defensive Verteidigung der Union; Auflösung der Battle-Groups; Umwandlung der Verteidigungsagentur in eine Agentur für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Konversion; Beendigung der EU-Militäreinsätze. Das Gewicht der EU müsse der ausschließlich zivilen Regelung internationaler und innerstaatlicher Konflikte dienen. Ein Verfassungsvertrag, der Militarisierung und Rüstung für die ehemals friedensstiftend orientierte EU zum Gebot der Politik erklärt (Artikel 41 I), darf nicht in Kraft treten, denn das wäre eine verfassungspolitische Festlegung, die einem Politikwechsel entgegensteht.

Zentrale Aufgabe: Demokratisierung

Eine umfassende Demokratisierung der EU bleibt ein zentrales Problem ihrer Zukunft. Für die Linke kann die Union dauerhafte Stabilität nur durch demokratische Legitimation erlangen. Davon ist sie jedoch weit entfernt. Willensbildung und Entscheidungsfindung im Europäischen Rat und im Ministerrat, mit Unterschieden auch in der Kommission, sind weitgehend anonym. Der Verfassungsvertrag erweitert die begrenzten Rechte des EP, insbesondere durch Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens mit qualifizierter Mehrheit.

Demokratie kann in einem so komplexen Gebilde wie der Europäischen Union nur als »Mehrebenendemokratie« funktionieren, das heißt, alle ihre Ebenen bedürfen demokratischer Legitimation und Ausgestaltung und müssen zivilgesellschaftliche Beteiligung sicherstellen. Das betrifft sowohl die Tätigkeit des EP als auch der nationalen Parlamente, der regionalen und kommunalen Vertretungen. Die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung des EP gegenüber den anderen Organen der EU wird kaum bestritten.

Forderungen sind: volle legislative Mitentscheidungsrechte; Recht zu Gesetzesinitiativen; volles Haushaltsrecht; Mitspracherecht in allen Tätigkeitsbereichen der Union; Kontrolle des Europäischen Rates und des Ministerrates; parlamentarische Verantwortlichkeit der Kommission sowie politische und juristische Kontrolle ihres bürokratischen Apparats; echte Wahl des Präsidenten und der Kommissare der EU-Kommission; Zustimmungsverfahren auch für die Grundzüge der GASP. Anregend ist der Vorschlag, das EP künftig nach einem EU-weit einheitlichen Gesetz nach dem Verhältniswahlrecht zu wählen.

»Erforderlich sind mutige Schritte in einer Europäischen Verfassung, die zentrale Gesetzgebungskompetenz vom Rat – als Vertreter nationaler Sonderinteressen – zum Parlament – als hypothetische Vertretung Europäischer Allgemeininteressen – zu verlagern«, meint der Wissenschaftliche Beirat von Attac.¹⁵ Damit ist die Frage nach einem parlamentarischen System aufgeworfen, in dem die Gewaltenteilung ähnlich wie in den Mitgliedstaaten organisiert wird. Dieses liberal-demokratische Prinzip kann in der Union aber aufgrund der autonomen nationalstaatlichen Demokratie nicht voll umgesetzt

15 Vgl. Anm. 2.

werden. Majoritative Formen taugen nicht zur Behebung des Demokratiedefizits der EU in ihrem jetzigen Zustand. Würde dieser Weg gegangen, dann wäre mannigfache Ablehnung der Überstimmten die Folge, nicht nur in der Bevölkerung kleinerer EU-Mitgliedstaaten. So müssen die Möglichkeiten des EP letztlich begrenzt bleiben.

EU-Demokratie erfordert für einen nicht absehbaren Zeitraum eine weitaus gewichtigere Rolle der nationalen Parlamente. Diese müssen enger kooperieren, auch mit dem EP, und die jeweilige Regierungspolitik wirksamer kontrollieren sowie deren Richtungen effektiver bestimmen. Veränderungen in den nationalen politischen Kräfteverhältnissen können die EU-Politik von Regierungen und damit die Tätigkeit des Rates unmittelbar beeinflussen. Weitergehende Mitsprachemöglichkeiten regionaler und kommunaler Körperschaften – gerade hier spielt Bürgerbeteiligung eine besondere Rolle – werden nötig sein, auch wenn ein »Europa der Regionen« unter Ausklammerung der Staaten nicht Ziel sein kann.

Zivilgesellschaftliche Beteiligung und Gegenmacht

Ohne zivilgesellschaftliche Beteiligung wird es keine demokratische Europapolitik geben. Die Deregulierungspolitik der Staaten hat den Konzernen eine Machtposition verschafft, gegen die demokratische Politik immer schwieriger durchzusetzen ist. Ohne unionsweite Anstrengungen gesellschaftlicher Bewegungen und breite Reformbündnisse gegen die Macht des multinationalen Kapitals und zur Einflussnahme auf die EU-Politik ist Demokratisierung nicht erreichbar. Europäische Öffentlichkeit ist eine entscheidende Konstitutionsbedingung transnationaler Demokratie.

Diese war lange Zeit nur in engen Grenzen sowohl organisierbar als auch institutionalisierbar. Das hat sich in jüngster Zeit verändert. Dazu tragen die Europäischen Sozialforen, Attac und andere sozialkritische Bewegungen, das Forum der europäischen Zivilgesellschaft sowie andere Netzwerke bei. Mit den Europäischen Sozialforen entstand ein öffentlicher Raum für Organisationen und soziale Bewegungen. Bislang hauptsächlich national geprägte Debatten bekommen einen europaweiten Bezug. Engagement für Bürgerbeteiligung an Entscheidungen der EU und deren Umsetzung wird vielfältiger. Dabei geht es *erstens* um partizipative Demokratie. *Zweitens* wären regelmäßige Konsultationen in den Mitgliedstaaten zu politischen Fragen von europäischem Belang, auch in Ad-hoc-Foren, ein Fortschritt. Wünschenswert wären *drittens* über das Europäische Sozialforum hinausgehende gesellschaftliche Repräsentationen. Der Vorschlag des französischen Soziologen Pierre Bourdieu für Generalstände der sozialen Bewegungen Europas bleibt eine wichtige Anregung. *Viertens* geht es um direktdemokratische Möglichkeiten, so um Volksbegehren und Volksabstimmungen über Grundfragen der EU-Politik. Sie müssen in allen EU-Ländern möglich werden.

Für die Einmischung der Völker gibt es nach dem französischen und niederländischen »Nein« zum Verfassungsvertrag ein »Fenster der Gelegenheit«. Zweifellos ist Gegenmacht nötig gegen Absichten, die Substanz des gescheiterten Verfassungsvertrages bis 2009 trotz aller Widerstände unter Dach und Fach zu bringen. Die Fortsetzung des alten Kurses ohne Beteiligung der Bürgerinnen und Bür-

ger führt aber in die Irre. Warnend wird geäußert: Wer dies versuche, verspiele noch mehr Vertrauen und könne die Union schwerlich aus der Sackgasse führen.

Daher ist es überaus wichtig, dass vielfältige Bewegungen und Kräfte in den EU-Staaten und darüber hinaus Konzepte und Projekte für den weiteren Weg der EU zur Diskussion stellen. Dabei dürfte die ›Prinzipiencharta für Europa‹ des Europäischen Sozialforums besonderes Gewicht haben.

Eine Verfassung muss letztlich von einer konstituierenden Versammlung verabschiedet werden. Das benötigt einen demokratischen konstitutionellen Prozess. Die Linke versichert, ein alternativer Verfassungsvertrag müsse demokratisch, unter Beachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der souveränen Gleichheit der Staaten zustande kommen. In den »Programmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland« wird eine aus zwei Kammern bestehende verfassungsgebende Versammlung angeregt.¹⁶ Die eine Kammer könnte das 2009 zu wählende Europäische Parlament bilden. Die andere bestünde aus Vertretern der Regierungen und der Parlamente der Mitgliedstaaten nach dem Prinzip der Gleichheit der Staaten. Zudem müsse die breite Teilnahme der Öffentlichkeit gesichert werden.

Mit der Orientierung auf einen neuen Verfassungsvertrag zeichnet sich eine Hauptrichtung demokratischen Handelns ab. Es wird nicht leicht sein, diese Orientierung mit vielen anderen unionsweiten, nationalen, regionalen und kommunalen Aktionsfeldern in der Europäischen Union zu verknüpfen.

16 www.sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/protokolle/programm/view_html?zid=31907&bs=1&n=1 (Stand 23. 1. 2007)

GOTTFRIED OY

Spurensuche Neue Linke

Das Beispiel des Sozialistischen Büros
und seiner Zeitschrift *links*¹

»Das Sozialistische Büro ist ein unvollendetes Projekt; damit ist nicht gemeint, daß es gescheitert sei. In vieler Hinsicht haben sich die Grundideen dieses Projektes so verallgemeinert, daß man innerhalb der Linken kaum noch Leute findet, die nicht von Basisinteressen, von Erfahrungen und Bedürfnissen reden; doch die prägende und einheitsstiftende Idee des Sozialismus, die im Sozialistischen Büro das Konzept der Arbeitsfelder zusammenhielt, ist darin fast vollständig verlorengegangen.«²

»Sozialistisches Büro – das ist der Sozialismus, der aus der protestantischen Ethik kommt. Ein Sozialismus, der allein schon deshalb nur schwer zu neuen Ufern führen kann, weil er blind einen Sozialcharakter mitschleppt und unbewusst fördert, der in der Geschichte immer mit Industrialisierung und Fabrikgesellschaft verschwistert war.«³

Gottfried Oy – Jg. 1967, Dr. phil., Sozialwissenschaftler, war in den Neun-zigerjahren links-Redakteur, Mitglied im Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hat sich in einer Studie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der Geschichte des Sozialistischen Büros beschäftigt und veranstaltet dazu im Sommersemester 2007 ein Seminar an der Universität Frankfurt am Main.
Kontakt: goy@niatu.net

1 Ich danke Bernd Hüttner, RLS-Regionalmitarbeiter in Bremen, ohne dessen mannigfaltige Unterstützung sowohl die Studie als auch dieser Beitrag nicht zustande gekommen wären.

2 Oskar Negt: »Politik als Produktionsprozeß«, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Tradition heißt nicht, Asche

Von verschiedenen Seiten wird heute wieder verstärkt das Erbe der Neue Linken in Erinnerung gerufen: Linkspartei.PDS und WASG versprechen sich in ihrem Vereinigungsprozess vom Bezug auf diesen Begriff ein frisches Image, während Bewegungsforscher und Zeithistoriker daran arbeiten, letzte positive Aspekte, die bislang in der öffentlichen Meinung mit dem Aufkommen der Neuen Linken verbunden wurden, zu delegitimieren.⁴ Weder Freunde noch Kritiker treffen allerdings den Kern der Sache, geht doch das, was die Neue Linke ausmachte, weder in einem Parteigründungsprozess, noch in einfachen Welterklärungsformeln, die auf jeden Fall zu kritisieren sind, auf. Allerdings ist es sehr wohl geschichtsbildend, wie heute mit dem Begriff Neue Linke umgegangen wird. Während bestimmte Aspekte für die jeweils eigene Argumentation hervorgehoben werden, verschwimmt zunehmend, was denn die Neue Linke als historische Formation auszeichnete. Es gilt, sich deshalb noch einmal vor Augen zu führen, was sie war: Eine internationale Erscheinung in der Blütezeit des Nachkriegsfordismus, die sich je nach Situation in ihren Ursprungsländern von den KP's in West und Ost, wie den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien abgrenzte; und zwar, weil dem blinden Glauben an Staat und Partei als Regulierungsinstanzen das Stichwort der Selbstorganisation entgegengesetzt wurde. Gegen die so genannte Fabrikgesellschaft, in der soziale Sicherheit durch normierende und geschlechterhierarchische Lebensweisen erkaufte, sowie Umwelt und Subjektivität zerstört wur-

den, sollte die freie Assoziation der Individuen gesetzt werden. Ohne Angst verschieden sein zu können, dieses Ziel der Kritischen Theorie wurde zur Handlungsmaxime.

Jenseits allzu allgemeiner Einschätzungen soll es hier jedoch anhand eines der Organisationskerne der Neuen Linken in der Bundesrepublik nach 1968 um deren konkrete Geschichte gehen. Wie die vorangestellten Zitate zeigen, steht dabei eine Gruppierung im Mittelpunkt, die einigens allzu harmlos erschien und manchen zu erfolgreich wurde: Das Sozialistische Büro, kurz: SB. Während in der umfangreicheren Studie zum Thema sowohl die Organisation als auch die sie begleitenden Debatten ausführlich dargestellt werden, wird es in diesem Beitrag maßgeblich um organisationsgeschichtliche Aspekte gehen.

Blumige Formulierungen

»Unvollendetes Projekt«⁵, Organisation der »Un-Entschlossenen«⁶, Vereinigung der »Reformisten aller Schattierungen«⁷, »diffuse Sammelbewegung«⁸ – recht blumig werden die Formulierungen, wenn die Rede auf die Stellung des SB in der Zeit nach der antiautoritären Revolte von 1968 kommt. Jenseits autobiografischer Erinnerungen, etwa von Klaus Vack, Andreas Buro, Oskar Negt oder Micha Brumlik, gibt es bis heute keine Organisationsgeschichte des SB.⁹ Weder die Publikationsgeschichte des Verlags 2000, des Verlags des SB, und die Rezeptionsgeschichte einzelner Publikationen, noch der Werdegang der Periodika des SB, *links*, *express* und *Widersprüche*, ist jenseits einzelner Jahrestage aufgearbeitet. Das ist insofern nachvollziehbar, als dass das SB sich nie als Organisation in den Mittelpunkt stellen wollte, seine Definition maßgeblich aus Abgrenzungen bezog und insofern auch nicht Objekt klassischer Geschichtsschreibung werden sollte, die sich von Kongress zu Tagung und von Arbeitsausschusssitzung zu Delegiertentreffen hangelt. Das ist allerdings überhaupt nicht nachvollziehbar, wenn man das Besondere am SB in den Mittelpunkt stellt: Während es sowohl den antiautoritären, als auch den linkssozialistischen Strategen von 1968 im Kern darum ging, die Mobilisierungserfolge aus der Bewegungshochphase in die Gründung mehr oder weniger autoritär strukturierter Massenorganisationen umzumünzen,¹⁰ bezog sich der so genannte Arbeitsfeldansatz des SB auf die alltäglichen Erfahrungen und Bedürfnisse der Beteiligten; was es wohl auch für viele in der Zeit nach der Revolte, die biografisch oft mit der Zeit der beruflichen Orientierung zusammenfiel, so attraktiv machte. Nach der »Überpolitisierung« von 68, wie Oskar Negt es nannte,¹¹ bot das SB eine gangbare Möglichkeit, Alltagsleben und politisches Engagement zu verbinden. Insofern dürfte das SB im so genannten Roten Jahrzehnt weit mehr Menschen in der Bundesrepublik geprägt haben, als die von Gerd Koenen als Gewährsmänner und -frauen für die Macht der K-Gruppen in den Siebzigern herbeizitierten Parteisolddaten.¹²

Wie sich also diesen prägenden Einflüssen eines Politikansatzes nähern, der, so Oskar Negt im Eingangszitat, heute als so selbstverständlich gilt, dass es kaum mehr Erinnerungen daran gibt, dass dies einmal anders gewesen sein könnte? Dies soll mittels eines kurzen organisationsgeschichtlichen Abrisses geschehen. Exemplarisch soll

aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten!, Sensbachtal 1985, S. 53.

3 Wolfgang Kraushaar: »Thesen zum Verhältnis von Alternativ- und Fluchtbewegung«, in: Ders. (Hrsg.): *Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung*, Frankfurt am Main 1978, S. 11.

4 Vgl. Wolfgang Kraushaar, Jan Philipp Reemtsma, Karin Wieland: Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF. Hamburg 2005; Wolfgang Kraushaar: *Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus*, Hamburg 2005; Wolfgang Kraushaar (Hg.): *Die RAF und der linke Terrorismus*, Hamburg 2006.

5 Negt 1985, S. 53.

6 Micha Brumlik: *Kein Weg als Deutscher und Jude. Eine bundesrepublikanische Erfahrung*, München 2000, S. 124.

7 Konkret 9/1994, S. 52.

8 Margareth Kukuck: *Student und Klassenkampf. Studentenbewegung in der BRD seit 1967*, Hamburg 1977, S. 203

9 Vgl. Klaus Vack: »Versuch, Geschichte und Erfahrung darzustellen«, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): *Tradition heißt nicht, Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten!*, Sensbachtal 1985; Ders.: »Ein weiterer Versuch, Geschichte und Erfahrung darzustellen«, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): *Das andere Deutschland nach 1945 – als Pazifist, Sozialist*

und radikaler Demokrat in der Bundesrepublik Deutschland – Klaus Vack, Köln 2005; Andreas Buro: Geschichten aus der Friedensbewegung. Persönliches und Politisches. Von Andreas Buro gesammelt und herausgegeben für das Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln 2005; Oskar Negt: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, Göttingen 1995; Brumlik 2000. Zumindest annähernd in Richtung Organisationsgeschichte geht die allerdings inzwischen dreißig Jahre alte Publikation von Kukuck 1977.

10 Hier gab es auch Ausnahmen, bspw. das Zeitschriftenprojekt *Agit 883* in Westberlin, vgl. rotaprint 25 (Hg.): *agit 883. Bewegung, Revolte, Underground* in Westberlin 1969-1972, Hamburg, Berlin 2006.

11 Vgl. Oskar Negt: »Interesse gegen Partei«, in: *Kursbuch* 48, Juni 1977 und Ders.: »Alternative Politikformen als politische Alternative?«, in: Roland Roth (Hg.): *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen*, Frankfurt am Main 1980.

12 Gerd Koenen: *Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977*, Köln 2001.

13 Vack 2005, S. 98.

14 Vgl. Richard Heigl: *Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Bildung der Neuen Linken*, Hamburg 2007. Zu den Verbindungslinien der linkssozialistischen Strömung, der Kritischen Theorie und der Studentenbewegung siehe auch Alex Demirovic: *Der Nonkonformistische Intellektuelle*. Die

len dabei wichtige Diskussionen herausgegriffen werden, die zeigen, dass vorschnelle Urteile über die Neue Linke fehl laufen, vielmehr viele heute angemahnte Debatten schon vor Jahren stattfanden, allerdings wenig Nachhall fanden.

Bedürfnis nach Kommunikation

1968 machen Arno Klönne und Christel Beilmann, Andreas Buro und Klaus Vack – alle organisiert in der »Kampagne für Demokratie und Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner« – den »Vorschlag einer autonomen Organisierung um eine sozialistische Publikation und ein Büro«. ¹³ Diese angestrebte Organisationsform ist im Kontext der Auflösung des »Kuratoriums Notstand der Demokratie«, eines der wenigen überfraktionellen Foren der westdeutschen Linken, des Scheiterns des Sozialistischen Zentrums in Frankfurt am Main, der Gründung der DKP und des Auseinanderfallens der außerparlamentarischen Opposition zu sehen. ¹⁴ Klaus Vack benennt in einem autobiografischen Text die für ihn wichtigen inhaltlichen Aspekte: Es solle sowohl Gesellschaftsanalyse als auch deren praktische Umsetzung im Mittelpunkt stehen. Ein antiautoritärer Impetus dürfe nicht zu einer völlig organisationsfeindlichen Haltung führen, eine Parteigründung soll allerdings nicht angestrebt werden. Man will nicht selbst Institution werden, sondern in Institutionen hineinwirken. Inhaltlich gehe es zudem um einen kommunismuskritischen, nicht antikommunistischen Kurs. ¹⁵

Im Dezember 1968 wird ein von Christel Beilmann, Heinz Brake-meier, Andreas Buro, Frank Deppe, Heiner Halberstadt, Holger Heide, Arno Klönne, Herbert Stubenrauch und Klaus Vack unterzeichneter Brief an etwa 100 Multiplikatoren verschickt. Beigefügt ist ein »Entwurf für eine Aufforderung, Voraussetzungen einer unabhängigen sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik zu organisieren«: »So wenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der formellen und informellen sozialistischen Gruppierungen in der Bundesrepublik entsprechen würden, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer gesicherten und beständigen Kommunikationsstruktur unter den Sozialisten und sozialistischen Gruppen und Clubs in der Bundesrepublik (...) In der gegenwärtigen Situation scheint es uns möglich und dringend notwendig, zwei Instrumente einer kontinuierlichen Kommunikation zu schaffen: 1) eine allgemein zugängliche, nicht auf Oppositionskonsum, sondern auf politische Praxis gerichtete sozialistische Zeitung, 2) ein zentrales, nicht als politische Führungsinstanz, sondern als *Dienstleistungsstelle* operierendes Sozialistisches Büro.« ¹⁶

Etwa 30 Personen, maßgeblich aus dem linkssozialistischen Spektrum, gründen im Februar 1969 in Offenbach die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Sie verschicken im März über 20 000 Exemplare der Null-Nummer der »links. Sozialistische Zeitung«. Inhalte dieser Ausgabe: »Warum machen wir links – eine sozialistische Zeitung«, Artikel über Griechenland, Spanien, Italien, ČSSR, Jugoslawien und China, die Geschichtspolitik der SED, die Wirtschaftspolitik in Westeuropa, sowie Berichte aus Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Die Organisation SB und die Zeitschrift *links*

sind insofern von Anfang an eng miteinander verbunden, nicht, weil die *links* eine klassische Verbandspublikation gewesen wäre, sondern weil das SB mit dem Ziel der Ermöglichung von Kommunikation sein Schicksal eng an eine funktionierende Kommunikationspraxis als Zeitschriftenherausgeber, als Vertrieb von Broschüren und grauer Literatur, als Buchladenbesitzer wie als Verlag gebunden hat.

Der 1968 gegründete Sozialistische Lehrerbund (SLB) vereinbart auf Initiative von Herbert Stubenrauch eine Kooperation mit dem SB. Gemeinsam geben SLB und SB den »Informationsdienst des Sozialistischen Lehrerbundes«, später »Informationsdienst Arbeitsfeld Schule« heraus. Der Grundstein für den so genannten Arbeitsfeldansatz des SB, Linke in ihrem beruflichen Umfeld zu organisieren und ihnen ein Podium zu bieten, ist gelegt. Die Auflage der *links* liegt 1969 bei 8 000, davon 2 250 Abos. Als Zielvorstellung werden 3 000 bis 3 500 Abos angestrebt. Die *links*-Redaktion besteht aus Christel Beilmann und Arno Klönne und ist von 1969 bis 1971 in Bochum angesiedelt, während die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro von Anfang an in Offenbach lokalisiert ist.

Als Reaktion auf die Septemberstreiks 1969 gründet sich 1970 ein Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaft, der unter der Herausgeberschaft des SB die »Sozialistische Betriebskorrespondenz – von Kollegen für Kollegen« – monatlich herausgibt. Die »Sozialistische Betriebskorrespondenz« fusioniert 1972 mit dem bereits zehn Jahre erscheinenden »express international«. Die neue Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit heißt »express«. Die Zahlen über die *links*-Auflage in dieser Zeit differenzieren stark. Während in *links* von einer 8 000er Auflage bei 2 700 Abos die Rede ist, spricht Klaus Vack in seinen Erinnerungen von einer 6 000er Auflage und 3 000 Abos.¹⁷ Am Jour-Fix des SB in Offenbach nehmen teil: Frank von Auer, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Holger Heide, Eike Hennig, Gert Schäfer, Kirsten Schäfer, Wolfgang Streek, Herbert Stubenrauch und P. C. Walther, die Gründungsredaktion der Sozialistischen Betriebskorrespondenz besteht aus Peter Grohmann, Heiner Halberstadt, Willi Hoss, Willi Michel, Willi Scherer, Georg Schleichert und Edgar Weick. Neben Linkssozialisten sind mit Hoss und Michel auch ehemals in der illegalen KPD Organisierte vertreten, die sich in Distanz zur neugegründeten DKP begeben.

Der Arbeitskreis »Kritische Sozialarbeit« (AKS), der sich nach einem Sozialarbeiterstreik in Frankfurt am Main gegründet hat, macht mit Protesten auf dem 4. Jugendhilfetag in Nürnberg 1970 auf sich aufmerksam. Der AKS, dem mit Günter Pabst der spätere langjährige Geschäftsführer des Verlags 2000 angehört, organisiert sich im SB. Aus diesem Arbeitskreis geht ab 1972 die Redaktion des »Informationsdienstes Sozialarbeit« hervor.

Köpfe und Interessen

Im November 1970 findet die erste große SB-Versammlung statt, auf der ein Thesenpapier von Andreas Buro diskutiert wird, das Grundlage für die 1971 veröffentlichten »Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro« wird. Es geht um die Formierung einer Bewegung für eine neue sozialistische Linke in der Bundesrepublik, gleichzei-

Entwicklung der Frankfurter Schule zur Kritischen Theorie, Frankfurt am Main 1999.

15 Vack 2005, S. 99.

16 Zitiert nach ebenda, S. 102.

17 Vgl. ebenda, S. 112.

18 Sozialistisches Büro (Hg.): Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik. Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Offenbach 1971, S. 25.

19 Ebenda, S. 26.

20 Die breite Kampagne mit über 100 000 Unterschriften wurde u. a. von Helmut Gollwitzer unterstützt. Vgl. Vack 2005, S. 111.

21 Vack bezeichnet Negt, der trotz universitärer Laufbahn, die ihn vom frühen SB-Klientel unterscheidet, ähnlich wie die SB-Gründer eine in die Fünfzigerjahre zurückreichende linkssozialistische, gewerkschaftsorientierte Geschichte hat, zwar als SB-Kritiker, Negt selbst erwähnt hingegen, dass er mit Vack mehr oder weniger die Idee zur SB Gründung im Gespräch entwickelt hätte; vgl. Vack 2005, S. 115, Negt 1985, S. 52.

22 Angela Davis Solidaritätskomitee (Hg.): Am Beispiel Angela Davis. Der Kongreß in Frankfurt. Reden, Referate, Diskussionsprotokolle. Frankfurt am Main 1972; Sozialistisches Büro (Hg.): Für eine neue sozialistische Linke. Analysen, Strategien, Modelle, Frankfurt am Main 1973; vgl. auch: »Spielt nicht mit der Legalität! – Professor Oskar Negt über die Reorganisation der Neuen Linken«, in: Der Spiegel, Nr. 25/1972, S. 128-133.

tig auch um eine Absage an Parteikonzepte. Die Thesen betonen, neben einer Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik und der internationalen Nachkriegsentwicklung, dass es einer sozialistischen Bewegung auf die Entwicklung neuer Organisationsformen ankommen müsse, »die den Beherrschten emanzipative Lernprozesse und reale Machtentfaltung in ihren unmittelbaren Arbeits- und Lebensbereichen gestatte(n)«¹⁸. Gegen den gewerkschaftlichen Slogan von der Mitbestimmung wird das Ziel der Selbstbestimmung gesetzt. Statt Stellvertreterpolitik setzt das SB auf die »Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen« Trotz aller Kritik an vereinnahmenden Institutionen strebt das SB einen »Prozeß der Vereinheitlichung der sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik« an. Es soll auf »gemeinsam festgesetzte Ziele« hingearbeitet werden, sowie Taktiken und Strategien abgestimmt werden. Das SB versteht sich als das organisatorische Dach, unter dem dieser Findungsprozess stattfinden kann.¹⁹ Eine erste erfolgreiche Aktion des SB ist die Durchsetzung einer Amnestie aller wegen Demonstrationsdelikte rund um 1968 Angeklagten durch Bundespräsident Heinemann und eine darauf folgende Liberalisierung des Demonstrationsrechtes durch die sozialliberale Bundesregierung.²⁰

Der erste gewählte Arbeitsausschuss des SB besteht aus Klaus Vack, Heiner Halberstadt, Dieter Höhne, Arno Klönne und Edgar Weick. Die erste gewählte *links*-Redaktion setzt sich aus Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Arno Klönne, Gert Schäfer, P. C. Walther und Edgar Weick zusammen. Klaus Vack unternimmt 1971 eine umfangreiche Rundreise durch die Bundesrepublik, um bei über hundert Basisgruppen und Bürgerinitiativen für einen Beitritt zum SB zu werben. Die Wirkungsgeschichte des SB bis in die Achtzigerjahre hinein wird maßgeblich durch die geografische wie thematische Breite der Organisation bestimmt, es gelingt dem SB insbesondere in ländlichen Regionen über Bildungsangebote zahlreiche Interessierte zu erreichen und deren politische Sozialisation mitzubestimmen.

Über das Angela-Davis-Solidaritätskomitee (1970-1972, bestehend aus Manfred Clemenz, Lothar Menne, Oskar Negt, Claudio Pozzoli und Klaus Vack), das aus dem Frankfurter Freundeskreis von Angela Davis, die ab dem Wintersemester 1965/66 für einige Semester unter anderem bei Oskar Negt an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität studierte, hervorging, entsteht ein intensiver Kontakt zum anfänglichen SB-Kritiker Oskar Negt.²¹ Die erste Ausgabe der Thesen des SB erscheint in einer Auflage von 80 000, die *links*-Abos erreichen die 5 000er Marke.

Der Solidaritätskongress »Am Beispiel Angela Davis« im Juni 1972 in Frankfurt am Main mit über 10 000 Teilnehmern und zahlreichen berühmten Kundgebungsrednern und Referenten wie Herbert Marcuse, Wolfgang Abendroth und Ernest Mandel führt zu einem Ansturm auf das SB; zwei Taschenbücher des SB im Fischer-Verlag, der Tagungsband und ein Sammelband mit *links*-Artikeln, erreichen fünfstelligen Auflagen.²² Oskar Negt grenzt sich auf dem Kongress, der unter dem unmittelbaren Eindruck der so genannten Mai-Offensive der RAF stattfand, von jeder Form der Solidarität mit bewaffneten Gruppen ab. Das ist insofern bemerkenswert, da Angela

Davis' Verhaftung und die Anklage gegen sie im Kontext der Repression gegen die »Black Panther Party for Self Defense«, einer ebenfalls bewaffnet agierenden Gruppierung, stehen.²³

Das Programm des Verlags 2000 wird um neue Reihen erweitert: »Informationsdienst Schule«, »Informationsdienst Sozialarbeit«, »Informationsdienst Arbeiterbildung«, Reihe »Roter Pauker«, Broschürenreihe »Betrieb und Gewerkschaft«. Im Oktober 1972 hält Oskar Negt auf einer SB-Tagung vor 200 Zuhörern sein berühmtes Referat »Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren«, das das organisatorische Selbstverständnis des SB prägen sollte.²⁴ Erfahrungen, Bedürfnisse und Interessen sollen im Mittelpunkt eines Organisationskonzeptes stehen, das die bislang nur lose in Kontakt stehenden Basisgruppen enger zusammenfassen soll. Es soll keine Direktiven von »oben« geben, das SB »kann sich in der gegenwärtigen Phase nur als Organisator eines Produktionszusammenhangs verstehen«²⁵. Historisch gesehen, so Negt, geht es dabei um die Überwindung der Trennung von Interessen und Politik, einer Trennung, der sich auch die Organisationen der Arbeiterbewegung unterworfen haben. Negts organisatorische Überlegungen prägen den Werdegang der Organisation und verdeutlichen, wieso das SB für die spätere Alternativbewegung so attraktiv werden konnte.

Die *links*-Auflage ist auf 12 000 gestiegen, davon 5 500 Abos. Eine Aktion »2000 neue Abos bis Jahresende« wird gestartet. Im SB sind über 600 Einzelpersonen und etwa 30 Gruppen organisiert. Der Verlag 2000 macht in dieser Zeit Millionenumsätze, der Zuwachs des SB ist immens und langsam für den kleinen Kreis der Organisatoren nicht mehr überschaubar.²⁶

Mit dem Putsch gegen Salvador Allende am 11. September 1973 rückt die Chile-Solidaritätsarbeit in den Mittelpunkt, es erscheint ein *links*-Extrablatt in 300 000er Auflage, ein Solifonds mit »mehreren hunderttausend Mark«²⁷ wird ins Leben gerufen, zudem erscheinen weitere Publikationen zu Chile. Im November 1973 spitzt sich die SB-Organisationsdebatte zu: Statt Gruppen- und Einzelmitgliedschaften sollten – was schließlich verhindert wurde – nur noch Einzelmitgliedschaften zugelassen werden, was den Weg in Richtung eines parteiähnlichen Organisationsmodelles geebnet hätte. Dennoch beginnt, so Klaus Vack, die »Verbürokratisierung« und »Aushöhlung des einstmaligen basispolitischen Grundkonsenses des Sozialistischen Büros«.²⁸ Das SB führt später, weil die Sitzungen zu groß werden, einen Delegiertenrat als zusätzliches Gremium ein. Neben dem gewählten Arbeitsausschuss wird dieser Delegiertenrat zweites wichtiges Gremium, ab 1977 entsteht darüber die »zweite Organisationsdebatte« des SB.

Die *links*-Auflage erreicht mit 15 000, davon 9 000 Abos, 4 000 Freiverkäufe bei über 120 Weiterverkäufern (Politische Gruppen, Buchläden) und 2000 Werbeexemplaren ihren Höchststand. Das SB zählt 80 Mitgliedsgruppen, der Förderkreis zählt 800 Unterstützer, der Informationsrundbrief des SB geht an 420 Adressen. 1974 wird das Arbeitsfeld Gesundheitswesen im Sozialistischen Zentrum Stuttgart durch Peter Grohmann, Suso Lederle und Klaus Vack gegründet, ebenso ein lokales Sozialistisches Büro in Hamburg. Der Arbeitsausschuss des SB besteht 1974 aus Elmar Altvater, Uta Bitterli, Eike

23 Oskar Negt: »Sozialistische Politik und Terrorismus«, in: *links* Nr. 35, Juli/August 1972, S. 15-17.

24 Oskar Negt: »Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren!«, in: *links* Nr. 39, Dezember 1972, S. 9-11. Dieser Text wird in zahlreichen Sammelbänden wiederveröffentlicht, u. a. in: Sozialistisches Büro 1973 und Oskar Negt: Keine Demokratie ohne Sozialismus, Frankfurt am Main 1976. Wolfgang Kraushaar widmet dem Referat in seinem Kompendium über die Frankfurter Schule sogar einen eigenen Eintrag, vgl. Wolfgang Kraushaar (Hg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung, Band 1, Hamburg 1998, S. 525.

25 Negt 1972, S. 15.

26 Vack 2005, S. 125.

27 Ebenda, S. 128.

28 Ebenda, S. 129.

Blechschildt, Andreas Buro, Dieter Esche, Peter Grohmann, Rainer Jendis, Arno Klönne, Willi Michel, Walther Müller-Jentsch, Oskar Negt, Dieter Otten, Willi Scherer, Herbert Stubenrauch, Sonja Tesch, Klaus Vack und Edgar Weick. Er beschließt, Thesen als Arbeitsgrundlage des SB zu formulieren, diese erscheinen 1975 in einer Entwurffassung und werden mit einer Gesamtauflage von 67 000 bis 1979 aufgelegt; es bleibt allerdings beim Entwurf: »Die ›Thesen‹ (...) stellen letztlich einen – aus meiner heutigen Sicht nicht gelungenen – großen Wurf einer sozialistischen Programmatik dar, wohl weil sie aus der allzu begrenzten tagespolitischen Perspektive formuliert wurden, weil Widersprüche – die zu scharfen Kontroversen führten – unter dem selbsterzeugten Druck, *wir brauchen die Thesen jetzt!*, unter den Teppich gekehrt wurden und weil wir – zumindest kann ich dies für mich sagen – auf eine uns schon damals geläufige Erkenntnis verzichtet haben, nämlich daß man nicht zu allem und jedem etwas sagen muß, gerade dann, wenn man eigentlich wenig zu sagen hat.«²⁹

29 Ebenda, S. 132.

Die knapp 100seitige Broschüre wagt, ähnlich einem Parteiprogramm, den Rundumschlag, versteht sich sowohl als Aufarbeitung der Geschichte der sozialistischen Bewegung in Westdeutschland, als Analyse von Kapitalismus und Klassenstruktur in der Bundesrepublik, wie auch als Handreichung in Bezug auf die zentralen Aufgaben, Orientierungen und Organisationsfragen der sozialistischen Linken. Für eine Organisation, die sich lediglich als Bündelung der sich in den Basisgruppen manifestierenden Interessen versteht, ist das ziemlich viel.

Die *links*-Auflage bleibt 1975 konstant, die Abos steigen auf 9 500. Mitte der Siebzigerjahre tritt dem SB sein wohl berühmtestes, wenn auch nur passives Mitglied bei – Rudi Dutschke.³⁰ Er bleibt bis zu seinem Tod am 24. Dezember 1979 im SB, obwohl er sich 1979 schon ganz der Aufbauarbeit der grünen Partei verschrieben hatte.

30 Über das Eintrittsdatum Dutschkes gibt es unterschiedliche Angaben: Während Negt von Sommer 1974 spricht (Negt 1995, S. 156) ist in Dutschkes Tagebuch davon die Rede, dass er erst im September 1975 die Mitgliedschaft beantragt hat; vgl. Rudi Dutschke: *Jeder hat sein Leben ganz zu Leben*. Die Tagebücher 1963-1979, Köln 2003, S. 269.

Anti-Repressionsarbeit

Im Januar 1976 erscheint eine *links*-Sondernummer zur Vorbereitung des Antirepressionskongresses Pfingsten 1976 in 80 000er Auflage. Redaktion der Sondernummer: H. E. Brand, Dan Diner, Heinrich Grün, Wolf-Dieter Narr, Roland Roth, Jutta Rücker, Klaus und Hannelore Vack. Ein *links*-Extrablatt in 800 000er Auflage mobilisiert für den Kongress. Zum Emblem des Kongresses wird die SB-Eule mit zwinkerndem linken Auge und geballter Faust, Kongressmotto: »Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!«

Der Kongress, Höhepunkt und Abschluss der Kampagne gegen politische und ökonomische Unterdrückung, wird mit 20 000 Teilnehmern zur größten Veranstaltung des SB. Inhaltlich wird der Kongress aber weniger wegen seines eigentlichen Themas – staatliche Berufsverbote und betriebliche Repression – bekannt, in Erinnerung bleibt vielmehr ein Redebeitrag von »Frankfurter Spontis« – gehalten von Joseph Fischer und maßgeblich initiiert von Oskar Negt –, die sich unter dem Eindruck des Todes von Ulrike Meinhof am 6. Mai 1976 im Stammheimer Gefängnis und den darauf folgenden militanten Demonstrationen, bei denen in Frankfurt am Main ein Polizist lebensgefährlich verletzt wurde, vom bewaffneten Kampf

31 Vgl. Frankfurter Spontis:
»Uns treibt der Hunger nach

lossagten.³¹ Zudem ist ein auf dem Kongress initiiertes Treffen der Alternativpresse ebenso richtungweisend, aus ihm geht die spätere Vernetzung der Alternativpresse und Gründung der taz 1979 hervor.³² Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz beginnt sich für das SB zu interessieren. Im Verfassungsschutzbericht für 1976, dessen Angaben sicherlich nur unter Vorbehalt zu verwenden sind, ist von 14 000 Teilnehmern des SB Pfingstkongresses und 700 SB-Einzelmitgliedern und 40 Mitgliedsgruppen die Rede.³³

In der Folgezeit kommt es zu Auseinandersetzungen über die Entwicklung des SB. Während die Gründungsgeneration die Antirepressionsarbeit weiter treiben will und sich beispielsweise in der Vorbereitung eines Russel-Tribunals zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik engagiert, forciert maßgeblich das SB Hamburg die Orientierung an der Alternativbewegung, den Neuen Sozialen Bewegungen und damit auch an den Diskussionen um die entstehende grüne Partei als neues Betätigungsfeld. Während das SB Ende der Siebzigerjahre keine Mitgliedszahlen mehr veröffentlicht, ist laut Verfassungsschutzbericht 1978/79 mit 1 200 Mitgliedern der Popularitäts-Zenit des SB erreicht. Das 3. Internationale Russel-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland findet 1979 zwar unter maßgeblicher Beteiligung von im SB Organisierten wie Wolf-Dieter Narr statt, das SB als Organisation taucht dort aber nicht auf. Mit der Gründung des Komitees für Grundrechte und Demokratie ziehen sich 1980 die Exponenten der Antirepressionsarbeit, die »klassische« linkssozialistische Fraktion um Klaus Vack, aus dem SB zurück. Das SB veranstaltet 1980 zwei große Kongresse und positioniert sich damit als eine zentrale Organisation der Alternativbewegung: Im Juni den »Großen Ratschlag – Soziale Protestbewegungen und sozialistische Politik« in Frankfurt mit 5 000 Teilnehmern und im November die Zukunftswerkstatt »Kleine Schritte im Alltag – Entwürfe für ein sozialistisches Leben« in Hamburg mit 1 000 Teilnehmern. Mit dem »Sicherheitsstaat« legt der SBler und *links*-Redakteur Joachim Hirsch fundierend auf maßgebliche Debatten in *links* die Gesellschaftstheorie der Alternativbewegung – zusammengefasst in dem Stichwort *Radikaler Reformismus* – vor.³⁴ Mit Hilfe dieser Theorie lässt sich auch die Frage stellen, ob nicht das SB als »Kind des Fordismus« selbst mit dem Ende dieser Gesellschaftsformation in die Krise kommen musste.

Kritik und Krise

Die *links*-Auflage fällt 1981 erstmals unter 9000. Eine Tagung des Arbeitskreises Schule, Sozialarbeit und Gesundheitswesen im Mai 1981 stellt den SB-Ansatz in Frage: »Abschied vom Arbeitsfeld?«.³⁵ Die Informationsdienste Schule, Sozialarbeit und Gesundheitswesen gehen in »Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich« auf. Im November 1982 erscheint ein erster Spendenaufruf in eigener Sache. Für 1983 droht der *links* ein Defizit von 30 000 DM. Der Verfassungsschutz gibt die *links*-Auflage mit 7 000 an und spricht von 900 SB-Mitgliedern.

Mit stärker universitär geprägten Intellektuellen wie Micha Brumlik, Joachim Hirsch, Dan Diner und Detlev Claussen hat sich die *links*-Redaktion von ihrer klassisch-linkssozialistischen Dominanz

Liebe, Zärtlichkeit und Freiheit...«, in: links Nr. 85, Februar 1977, S. 17-18. Zu Negts Rolle beim Zustandekommen dieses Redebeitrages siehe: Negt 1995, S. 264.

32 Vgl. die Berichte aus der Arbeitsgruppe »Medien und Öffentlichkeit« auf dem Pfingstkongress 1976, in: links Nr. 85, Februar 1977, S. 54-63. Zur Vorgeschichte der taz vgl. Gottfried Oy: Die Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik, Münster 2001.

33 Vgl. VS-Bericht 1976, Bonn 1977, S. 106. Wolf-Dieter Narr und Helmut Gollwitzer richten 1978 einen offenen Brief an alle SPD- und FDP-Bundestagsabgeordneten, um gegen die Einstufung des SB als linksextremistische Gruppierung im Verfassungsschutzbericht 1977 zu protestieren (links Nr. 105, Dezember 1978, S. 15). Am Tenor dieses Briefes entzündet sich in den nachfolgenden links-Nummern eine heftige Debatte. Das SB wird noch bis 1984 im VS-Bericht aufgeführt.

34 Joachim Hirsch: Der Sicherheitsstaat. Das »Modell Deutschland«, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen, Frankfurt am Main 1980.

35 Vgl. Arbeitsfelder Schule, Gesundheitswesen, Sozialarbeit: »Abschied vom Arbeitsfeld«, in: links 134, Mai 1981, S. 23-24.

36 Wobei Micha Brumlik sowohl in seinem schon erwähnten autobiografischen Text (Brumlik 2000) als auch in einem Interview neueren Datums betont, dass es auch Ende der achtziger Jahre immer noch äußerst schwierig war, das Thema Antisemitismus der Linken in der links-Redaktion zu diskutieren; vgl.: »Autobiografische Reflexionen – Antisemitismus, Antizionismus und der Nahostkonflikt in der deutschen Linken. Ein Interview mit Micha Brumlik«, in: Matthias Brosch u. a. (Hg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2006.

37 Editorial links Nr. 171, Juni 1984; S. 2.

38 Vgl. Martin Goldmann, Gabriele Hooffacker: Politisch arbeiten mit dem Computer, Reinbek 1991, S. 162.

39 Vgl. Großer Kürbis: »Zusammen leben – zusammen kämpfen«, in: links 190, Januar 1986, S. 21-22.

40 »20 Jahre links«, in: links 228, April 1989, S. 19.

verabschiedet und wagt im Unterschied zu früher auch einen kritischen Blick auf die Linke beispielsweise in Bezug auf Antisemitismus.³⁶ 1985 wird kritisch über Bitburg – Reagans und Kohls Handschlag zwischen den Gräbern der Waffen-SS –, den Nahost-Konflikt – in Kooperation mit dem »Pflasterstrand« –, die Fassbinde-Debatte und somit auch über den Antisemitismus der Linken berichtet und debattiert. Es folgen im Laufe der Achtzigerjahre immer wieder Beiträge zu diesen Themen, bis 1990 im Zuge des zweiten Golfkriegs und der irakischen Angriffe auf Israel heftige Auseinandersetzungen zu Austritten aus der Redaktion und Abo-Kündigungen führen.

Der Verlag 2000 stellt 1984 sein komplettes Buchprogramm aus ökonomischen Gründen ein, lediglich die Periodika *links*, »express« und »Widersprüche« werden weitergeführt. Im Februar 1984 erscheint der Spendenauf Ruf »links in den roten Zahlen«. Im Juni wird zum letzten Mal die Abo-Zahl veröffentlicht, sie sei »unter 6 000« gesunken, zum Jahresende 1983 war ein Defizit von 90 000 DM aufgelaufen.

Die *links*-Redaktion reagiert mit Durchhalteparolen statt inhaltlicher Debatten über die Zukunft des SB: »Die *links* ist nicht marktgerecht gemacht. Sie mag gut aufgemacht sein und interessante Artikel enthalten. Sie ist einem Typ von Gesellschaftskritik verhaftet, der keine günstige Konjunktur hat. Wir diskutieren ausführlich Fragen der Friedens- und Ökobilbewegung und deren politische Perspektiven. Aber wir passen uns ihren Ideologien, Slogans und Redeweisen sowie dem Publikationsstil dieser Bewegungen nicht an. Vielleicht scheitern wir deshalb. Aber wir können und wollen unser Politikverständnis und unsere Ansprüche an politisch-theoretische Reflexion nicht finanziellen und Markt-Erwägungen opfern.«³⁷ Die *links* gefällt sich in einer nonkonformistischen Rolle, betreibt zugleich aber Abschottungspolitik. Eine Klage gegen linke Computeraktivisten, die ihr neues Mailboxsystem *links* nennen wollen und eine Kooperation mit dem SB anstreben, verdeutlicht, wie weit das SB schon Ende der Achtzigerjahre von aktuellen Entwicklungen abgekoppelt war.³⁸ Allerdings zeigt sich auch immer wieder eine gewisse Form der Offenheit, wie etwa, als Hausbesetzer die Räume der Offenbacher Bürogemeinschaftspartner »Die Grünen« okkupieren, diese sich der Diskussion entziehen und statt dessen die *links*-Redaktion mit den Autonomen debattiert.³⁹

Die *links* reagiert auf ihre ökonomische Krise mit konzeptionellen und gestalterischen Veränderungen der Zeitung. *links* positioniert sich mehr und mehr unabhängig vom SB. Das SB selbst tritt kaum noch als politischer Akteur auf. *links* etabliert sich als Debattenorgan. *links-LeserInnenkreise* lösen lokale SB-Gruppen ab. Im April 1989 feiert das SB 20 Jahre *links*. Ein Schwerpunkt zum Jubiläum wird ausschließlich mit alten Texten aus der zwanzigjährigen Publikationsgeschichte bestritten. In der Einleitung heißt es zur Situation 1989: »Es gibt keine authentische Linke mehr, aber es gibt Linke. [...] Ihre politische Praxis findet in Initiativgruppen, in Gewerkschaften, der SPD oder bei den Grünen statt.«⁴⁰

Das Ende der SU, die deutsch-deutsche Vereinigung und der zweite Golfkrieg erschüttern die Selbstverständlichkeiten der sich bis dato

als Neue Linke verstehenden politischen Akteure. Heftige Debatten führen unter anderem zu Austritten aus der *links*-Redaktion von Joachim Hirsch (der später wieder eintritt) und Detlev Claussen. Eine Diskussion über den Untertitel der *links* – Sozialistische Zeitung – wird zur Selbstverständnisdebatte, die im Juli 1992 unter dem Titel »Das Ganze neu denken – Veranstaltung zur Zukunft der *links*« in Frankfurt am Main öffentlich geführt wird. Die Redaktion legt 1993 ein neues Konzept vor, das sich unter anderem durch einen breiten Herausgeberkreis auszeichnet. »Alte« SBler treten noch einmal als Herausgeber auf, um die »neue« *links* zu unterstützen, etwa Elmar Altvater, Arno Klönne, Oskar Negt und Klaus Vack. Der Schuldenberg beläuft sich auf 80 000 DM. Zum 25jährigen Bestehen der *links* wird noch einmal heftig über die Zukunft des Zeitschriftenprojektes gestritten. Im Juli/August 1994 stellt die Redaktion auf eine zweimonatliche Erscheinungsweise um. Zur letzten gemeinsamen Veranstaltung der *links*-Redaktion und des SB zum Thema »Perspektiven linker Politik« 1995 an der Frankfurter Universität finden sich gerade mal 100 Besucher ein. Mit der Nr. 320/321 erscheint 1997 die letzte Ausgabe der *links*, sie erreicht weniger als 2 000 Abonnenten. Der Verlag 2000 wird liquidiert. Der »express« existiert bis heute weiter und wird von 1997 an von einer »Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung« herausgegeben. In seiner letzten übrig gebliebenen publizistischen Funktion agiert das SB bis heute als Herausgeber der »Widersprüche«, die seit 1997 im Kleine Verlag erscheinen. Ein Nachfolgeprojekt von Teilen der ehemaligen *links*-Redaktion findet sich im Internet.⁴¹

Das Ende der Neuen Linken wurde in der *links* mehrmals ausgeufen, ist es mit ihrem Ende eingetreten? Darauf lässt sich keine eindeutige Antwort geben. Zum Einen lässt sich am Ende der *links* sicherlich die Auflösung eines spezifischen Spektrum der bundesdeutschen Linken festmachen, zum Anderen lässt sich aber auch zeigen, dass mit dem Niedergang dieses Spektrums keineswegs die mit ihm verbundenen Positionen aus dem öffentlichen Leben verschwunden sind – im Gegenteil. Allein der Stellenwert, den Forderungen nach Selbstorganisation oder die Orientierung an Interessen heute haben, ist ein anderer. Mit Entschiedenheit lässt sich hingegen feststellen, dass weder eine pauschale Kritik an vermeintlich undemokratischen, intoleranten, gar antisemitischen Aspekten, noch ihre Indienstnahme für Parteigründungsprojekte dem inzwischen wohl historisch zu nennenden Gegenstand gerecht wird.

41 <http://www.labournet.de/express/index.html>,
<http://www.widerspruechezeitschrift.de/>,
<http://www.links-netz.de/>